

CHRISTIN CHRIST UND CuS SOZIALISTIN SOZIALIST

**Blätter des Bundes der
Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten
Deutschlands e.V.**

Einzelverkauf
5,- DM

Neue Folge
19. Jahrgang

Oktober
1996

3/96

Das Ende aller Solidaritätsarbeit?

Ein Interview mit Gustavo Esteva

Udo Fleige

Am 20.10.1996:

Wahlen in Nicaragua

Bärbel Fünfsinn/Dorothee Sölle

Hoffnungszeichen und Eco-Justice

ein Interview

Matthias Nauerth/Willibald Jacob

**Unter dem Ansturm herrenloser
Gewalten**

Ulrich Peter

**Alle Jahre wieder:
Wo sind die Lehrstellen geblieben?**

Impressum

CuS – Christin und Sozialistin/Christ und Sozialist wird herausgegeben vom Vorstand des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten (BRSD) e.V.:

Wolfgang Lünenbürger, Hamburg

Dr. Martina Ludwig,
Friedrichroda/Thüringen

Florian Hars, Hamburg
Erscheinungsweise vierteljährlich

Bezugspreis jährlich DM 20,-
(Ausland DM 25,-) incl. Porto
Zahlungen zu Beginn des Jahres bitte
an den Bund der religiösen
Sozialistinnen und Sozialisten (BRSD),
Postgiroamt Dortmund
189 389-464 (BLZ 440 100 46).

Quittungen werden auf Wunsch
zugesandt. Förderabo DM 30,- oder
mehr. Beiträge über DM 20,- sind als
Spende steuerlich absetzbar.

CuS – Christin und Sozialistin/
Christ und Sozialist kooperiert
mit »Neue Wege«, Zürich.

Redaktion:

Christa Peter (Geschäftsführung)
Fechnerstr.18, 10717 Berlin
Tel./FAX 030/8612034
Udo Fleige, Tübingen
Jürgen Gorenflo, Karlsruhe
Matthias Nauerth, Ellerbek
Dr. Ulrich Peter, Berlin

Abonnements und Retours:

BRSD c/o Dr. Martina Ludwig,
Max Küstner-Str.10
99894 Friedrichroda.
Tel. 03623/200095
Kündigungen werden zum
Jahresende wirksam

Layout: Andreas Hesse, Berlin

Repro: Umbruch, Berlin

Druck: Hephata-Werkstätten, Mön-
chengladbach

Hergestellt auf Umweltschutzpapier
ISSN-0945-828X

Inhaltsverzeichnis:

Theodor Weißenborn: Freibier oder Vaterland	4
Esmelda del Carmen Blandón Zeas: Die verstümmelte Lehrerin aus Matagalpa	6
Das Ende aller Solidaritätsarbeit? Ein Interview mit Gustavo Esteva	7
Olivia Alvarez Alvarado: „Ich fürchte euch nicht“ Eine Antwort auf Gustavo Esteva	12
Udo Fleige: Am 20.10.1996: Wahlen in Nicaragua	14
Aufruf zur Wahl der FSLN in León	18
Mauricio Isaza Camacho Hoch die internationale Solidarität – Zur Geschichte der Dritte-Welt-Bewegung in der Bundesrepublik	21
Bärbel Fünfsinn/Dorothee Sölle Hoffnungszeichen und Eco-Justice – ein Interview	29
Imke Dreessen: Linksunten in Kirche und Umgebung: „Die Solidarische Kirche in Nordelbien“	34
Politischer Gesprächskreis Hamburg Offener Brief an die Kirchenleitung	36
Matthias Nauerth/Willibald Jacob Unter dem Ansturm herrenloser Gewalten	38
Ulrich Peter: Alle Jahre wieder – Wo sind die Lehrstellen geblieben?	44
Termine	49-50
Barbara Neubert: Rezension von B. Fünfsinn u.a. „Töchter der Sonne“	51
Jürgen Kaiser: Rezension von Susan George & Fabrizio Sabelli: „Kredit und Dogma“	52
HBV-Berlin: Bündnis für Arbeit – Ein Kuckucksei?	54

Editorial:

Dieses Heft hat drei sich ergänzende Schwerpunkte. Den ersten Schwerpunkt bildet der Bereich Internationalismus. Seit einiger Zeit findet in vielen Internationalismus-Projekten eine Sinn-Diskussion statt. Was erreichen wir tatsächlich mit unserer Arbeit? Projizieren wir nicht Fragestellungen unserer Region in den Trikont? Besonders pointiert hat hierzu Gustavo Esteva Stellung bezogen. Wir haben Olivia Alvarez Alvarado aus Matagalpa/Nicaragua gebeten, zu seinen Positionen Stellung zu nehmen. Seit 10 Jahren unterstützen wir das Lehrerausbildungsprojekt, das Olivia bis zum Regierungswechsel 1990 leitete.

In Nicaragua stehen in diesem Herbst Parlamentswahlen an. Die Sandinistische Partei tritt wieder an, auch in León, der Partnerstadt Hamburgs. Ein breiter Kreis von Unterstützerinnen aus Hamburg hat eine Erklärung zur Wahl publiziert, die auch der BRSD-Bundesvorstand unterzeichnet hat. Diese Erklärung dokumentieren wir im Wortlaut.

Ein weiterer Artikel dieses Schwerpunktes beschäftigt sich mit den Traditionen der BRD-Solidaritätsbewegung. Mauricio Isaza Camacho hat ein Standardwerk zur Soli-Geschichte kritisch aufgearbeitet und viel Interessantes herausgearbeitet.

Den zweiten, norddeutsch-kirchlichen, Schwerpunkt leitet ein Interview ein, das Bärbel Fünfsinn, Theologische Referentin im Nordelbischen Zentrum für Weltmission und Kirchlichen Weltdienst, für CuS mit Dorothee Sölle führte. In diesem Heft startet die Serie „Linksunten in Kirche und Umgebung“ mit der traditionsreichen und immer noch widerborstigen „Solidarischen Kirche“ Nordelbiens. Eine Stellungnahme einer Hamburger Gruppe kritischer ChristInnen zur Demontage des Sozialstaats bildet die Brücke zum dritten Bereich.

Matthias Nauerth sprach für die Redaktion mit Willibald Jacob, langjähriger Pfarrer der Gossner-Mission in der DDR und in Indien, Arbeiter-Pfarrer und derzeit Bundestagsabgeordneter der PDS, über Christentum, Sozialismus und die gesellschaftliche Verantwortung von Christinnen und Christen. Wichtiger Teil dieser gesellschaftlichen Diakonie ist heute der Widerstand gegen die neo-liberale Politik von Bundesregierung und Kapital. Besonders hart betroffen werden im Moment die Schulabgänger. Die Zahl der vorhandenen Lehrstellen war seit Jahrzehnten nicht mehr so niedrig, und Bonn verfällt lediglich in die Vortäuschung hektischer Betriebsamkeit. Der Zusammenbruch des „Ausbildungsmarktes“ macht auf dem Rücken der jungen Generation deutlich, daß dieses System nur noch für Wenige eine Perspektive hat. Die Perspektive der Bevölkerungsmehrheit sind weiterer Sozialabbau, Lohnsenkung, Arbeitslosigkeit und der Verlust der Zukunft für Millionen. Ulrich Peter stellt dar, welche Ursachen die Lehrstellensituation hat und warum die bisherige staatliche Politik daran nichts ändert.

In mehreren Heften haben wir uns mit der Sparpolitik und dem „Bündnis für Arbeit“ beschäftigt. Im DGB nimmt die Kritik am Schmusekurs gegenüber der Kohl-Regierung und am „Bündnis für Arbeit“ zu. Wir verweisen auf ein Papier des Landesbezirks Berlin der Gewerkschaft HBV (auf Seite 54), das diese Kritik sehr anschaulich formuliert.

In Heft 2/96 hatten wir angekündigt, daß Kuno Füssels Referat von der BRSD-Jahrestagung im nächsten Heft erscheinen wird. Leider ist bei uns der Vortrag noch nicht eingegangen, so daß nicht abzusehen ist, wann wir ihn abdrucken können. In Heft 4/96 wollen wir uns hauptsächlich mit der Gründung des Reichs-BRSD im Sommer vor 70 Jahren beschäftigen und eine (vorläufige) Bilanz unserer Geschichte ziehen.

Liebe Grüße Eure Redaktion

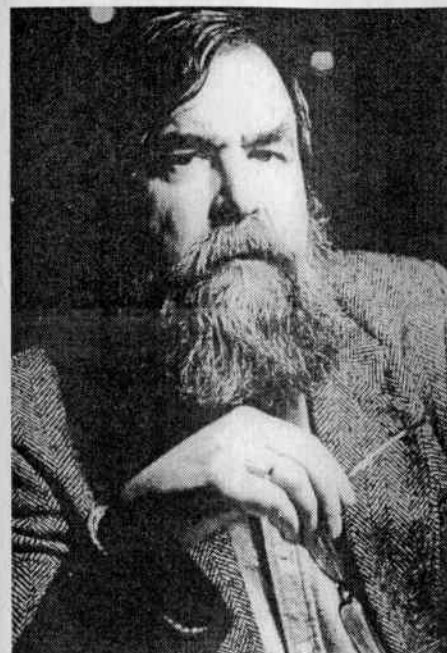
Der Autor der folgenden Geschichte wurde 1933 in Düsseldorf geboren und studierte u.a. Germanistik, Romanistik und Philosophie. Seit 1971 Mitglied des internationalen Pen-Clubs. Veröffentlichung von Romanen, Erzählungen, Hörspielen, Essays und Lyrik, für die er mehrfach ausgezeichnet wurde. 1990 erhielt er den Preis der Akademie der Künste. Wir danken Theodor Weißenborn für die Geschichte und beabsichtigen auch künftig, Texte von ihm zu publizieren. Red.

Freibier oder Vaterland

Als wir auf's Land zogen, Lissi und ich, haben mir wohlmeinende Freunde geraten, mich in die dörfliche Kommunalpolitik zu mischen, denn ich hätte das Zeug und folglich die Verpflichtung hierzu. Je nun, das Zeug – wenn's nur darum geht, so hätte ich auch Meßdiener, Diakon oder Triakon werden können. Aber ich ließ mich überreden und trat gelegentlich der Kommunalwahlen im Jahr '89 bei der Veranstaltung einer großen christlichen Volkspartei in Aktion, wo die Bombe, die ich zu legen gedachte, soviel Schaden stiftete wie eine Handgranate, die in einer leeren Gummizelle krepirt.

Die Veranstaltung war an einem Sonntagnachmittag im Gasthof „Zur Post“, dem einzigen Haus am Platz, und natürlich hat-

te ich zuvor recherchiert und die Arbeitsbedingungen der Heimarbeiter vor Ort erkundet, wobei der Rote Mätti mein Informant gewesen. Der Rote Mätti ist Waldarbeiter, liest archäologische Bücher, hat die Mosaikböden der römischen Villa Tibor freigelegt und ist der einzige Wähler im Dorf, der sich offen zur SPD bekennt. Kandidat der großen christlichen Volkspartei war der Grundschullehrer Dollmann (über Namen scherzt man nicht), der die neu angesiedelte Kleinindustrie pries und insonderheit den Mausefallenfabrikanten Spelthahn (von Spelthahn GmbH. & Co KG) als einen Wohltäter des Orts bezeichnete. Dieser Mann, so sagte er, lasse sich auch unternehmerisch von seinem christlichen Gewissen leiten und verteile die vorhandene



Arbeit so gerecht, daß keiner seiner Heimarbeiter mehr als der andere, nämlich mehr als monatlich 450,- Mark verdiene.

Ich erklärte dem Kandidaten der großen christlichen Volkspartei, Herr Spelthahn habe aus Landesmitteln für die Schaffung eines jeden der neuen Arbeitsplätze 15.000 DM erhalten, was bei 100 Stellen exakt der Summe von 1,5 Millionen DM entspreche, die seine Villa am Ortsrand von Gelsberg gekostet habe. Der Monatslohn der Arbeiter sei so gering, weil Spelthahn dadurch die Sozialabgaben spare, und wie im übrigen denn er, der Lehrer, darüber denke, daß seine Schulkinder, anstatt ihre Hausaufgaben zu machen, den heimararbeitenden Müttern des Nachmittags beim Einpacken der Mausefallen helfen müßten, nur damit die pro Stück entlohten auf einen halbwegs annehmbaren Stundenlohn kämen.

Und ich zitierte aus einem Artikel mit der Überschrift „Kinderarbeit im Huns-

rück“, den Georg Weerth im Jahre 1847 in der NEUEN RHEINISCHEN ZEITUNG veröffentlichte und der mir von bemerkenswerter Aktualität erschien.

Hierauf erhob sich Unmut im Saal, denn Spelthahn gibt beim Sängerfest Freibier aus (und da dürfen die Kinder – so assoziierte ich – auch schon mal ein Schlückchen mittrinken, wenn die Eltern dabei sind, und gute Zeugnisse sind nicht so wichtig, weil ja sowieso alle zu Spelthahn gehn, der zwar keine Lehrlinge ausbildet, aber noch ungelernete Kräfte als Lageristen einstellt). Und da ich die Anwesenden murren hörte, begriff ich sehr schnell: die Heimarbeiterlöhne hätten sogar noch niedriger sein können, als sie ohnehin waren, und sollte Spelthahn eines Tages auf die Idee kommen, sie zu senken – wer wollte es ihm verargen! Und darum lautet das Motto der Katholischen Arbeitnehmerbewegung zu Recht: „Wir sind Beschenkte und dürfen danken!“

Spelthahn, der zugleich Jagdpächter ist, überläßt übrigens dem Wirtschaftsminister des Landes alljährlich im Herbst einen kapitalen Hirschen zum Abschluß. Der läßt dann dafür die Sau raus, und da gibt es auch wieder Freibier, diesmal für die Treiber, Halali! (Und Spelthahns Villa, hinter vergoldetem Gitter, wird geziert von ionischen Säulen – der Architekt muß aus Dallas stammen)

Dies war das Ende meiner Laufbahn als Kommunalpolitiker. Nun ist mein Ehrgeiz gekühlt, und wenn ich mich irgendwo ungebeten zu Wort melde, muß es um Tod oder Leben gehen, darunter tu ich's nicht mehr. Und anders als Sokrates setze ich meine Hoffnung nicht auf Einsicht und guten Willen, sondern allein auf den Leidensdruck. Indes, nach Tschernobyl scheint auch das mir inzwischen vermessen, denn wer irgendein hirnrissiges Warum hat – das kann Vaterland oder Freibier heißen –, er trägt fast jedes Wie.



América Latina moVIDA BeWEGtes Lateinamerika 1997

Zweisprachiger Postkartenkalender für 1997 mit 13 Motiven und 13 Texten der lateinamerikanischen Literatur zur Unterstützung der Ausbildung von Grundschullehrerinnen und der Volksbildung in Nicaragua. Herausgegeben vom Verein zur Erforschung und Förderung von Volksbildung und internationaler pädagogischer Zusammenarbeit, der Arbeitsgemeinschaft Schweiz-Kolumbien u.a.

Preis: 1 Exemplar DM 17,00
ab 5 Exemplaren DM 16,00 je Stück
ab 10 Exemplaren DM 15,00 je Stück
(zuzüglich Versandkosten)

Jeweils abzgl. DM 1,00 in den neuen Bundesländern, sowie für Studentinnen, Rentnerinnen, Arbeitslose, Zivils, etc.; bei größeren Mengen Rabatte auf Anfrage.

Zu beziehen bei:
Helga Vandirk
Schaumburger Str. 1
D-65555 Limburg
Tel. 06431/529157

Das Schicksal der Lehrerin Esmelda del Carmen Blandón Zeas aus La Dalia bei Matagalpa im Norden Nicaraguas hatte Wellen geschlagen bis in die Lehrerergewerkschaften in Mexiko, in den USA, in Skandinavien und in Deutschland. Esmelda nimmt übrigens auch an den Fortbildungs-Seminaren von Olivia Alvarez Alvarado in Matagalpa teil, die u.a. vom BRSD finanziell und ideell unterstützt werden.

Esmelda del Carmen Blandón Zeas

Die verstümmelte Lehrerin aus Matagalpa

Zur Erinnerung: Im Frühjahr 1995 hatten die Lehrerinnen und Lehrer Nicaraguas 42 Tage lang für bessere Arbeitsbedingungen gestreikt. Ihr geringer Verdienst – je nach Schulart und Qualifikation zwischen 66 und 100 DM pro Monat – war einer der Streikgründe. Esmelda Blandón, die am 13. September 1996 34 Jahre alt wurde und 5 Kinder zu ernähren hat, ist Mitglied der Lehrerergewerkschaft ANDEN. Sie hatte sich aktiv am Streik beteiligt. Da die Lehrer/-innen während der Streikwochen kein Gehalt nach Hause brachten, war ihr Ehemann über ihre Streikteilnahme so erbost, daß er sie wiederholt bedrohte, schlug und ihr schließlich in einem Tobsuchtsanfall mit der Machete die rechte Hand ganz und die linke Hand teilweise abschnitt. Noch aus dem Krankenhaus heraus forderte Esmelda ihre Kolleginnen und Kollegen auf, den Streik ihretwegen auf keinen Fall abzubrechen.

Die „Ohn-Händerin“ in Deutschland

Ende Juni fand in Managua, der Hauptstadt Nicaraguas, ein großer nationaler Kongreß der Lehrerergewerkschaft ANDEN statt, die sich dabei offiziell und feierlich eine neue (dezentrale) Struktur und einen neuen Namen („CGTEN-ANDEN“) gab. CGTEN bedeutet so viel wie: Konföderati-

on der Arbeiter/-innen im Erziehungswesen („Confederación General de Trabajadores de la Educación de Nicaragua“). Esmelda Blandón wurde vom Vorstand gebeten, die Fahne dieser neuen Föderation auf die Bühne zu tragen.

Am zweiten Tag des Kongresses, dem 29. Juni, (in Nicaragua „día del maestro“, Tag des Lehrers), flog Esmelda in Begleitung eines deutschen GEW-Kollegen aus Bayern nach Deutschland. Am 3. August wurde die „Ohn-Händerin“ – so der medizinische Ausdruck – in einer Klinik in Dachau operiert: Ein Zeh vom linken Fuß wurde auf die Reste der linken Hand transplantiert, um dort eine Greifzange zu formen. Ziel der Operation war, Esmelda in die Lage zu versetzen, Kreide und Kugelschreiber zu halten, um ihren Beruf in Nicaragua wieder ausüben zu können. Die Operation und die Nachbehandlung sind gut verlaufen, teilte der behandelnde Arzt mit. Eines der größten Probleme sei gewesen, daß die Patientin „die deutsche Küche offensichtlich nicht goutiert“. Inzwischen habe Frau Blandón ihren neuen Finger, der gut angewachsen sei, offensichtlich auch innerlich gut angenommen. „Zumindest küßt sie ihn gelegentlich und strahlt dann über beide Backen“, so der leitende Arzt.

Udo Fleige

Das Ende aller Solidaritätsarbeit?

Ein Interview mit Gustavo Esteva

Gustavo Esteva gehört zu den radikalen Kritikern des Entwicklungsbegriffes. Mit seinem Buch „Fiesta“ hat er einigen Wirbel und noch mehr Diskussionen entfacht.

Esteva, der in Oaxaca/Mexiko lebt, war im Herbst 1995 auf einer Rundreise in Deutschland. Ein Mitarbeiter der Informationsstelle Guatemala hatte die Möglichkeit zu einem Interview, in dem er mit Esteva über die Probleme der Solidaritätsarbeit am Beispiel Guatemalas und Mexikos spricht. Auf den ersten Blick scheint für Esteva jede Art der Hilfe für die Länder der sog. Dritten Welt vom Teufel zu sein: „Ich habe noch keine Form der Hilfe gesehen, die positiv wäre“, sagt er. – Wenn man den Text jedoch sorgfältig liest, so entdeckt man, daß Esteva in Wirklichkeit eine Reihe von Kriterien für eine solidarische internationale Zusammenarbeit benennt.

Da der BRSD seit fast 10 Jahren (zusammen mit anderen Gruppen) ein Bildungsprojekt in der „Dritten Welt“ unterstützt, haben die Aussagen von Esteva eine sehr praktische Bedeutung für uns und unsere Arbeit: Sollen wir nun die Unterstützung für das Bildungsprojekt von Olivia Alvarez Alvarado in Matagalpa/ Nicaragua einstellen? Wir haben Olivia Alvarez um eine Stellungnahme zu dem Interview gebeten.

Lesen Sie zuerst das Interview mit Gustavo Esteva. Im Anschluß daran kommentiert Olivia Alvarez das Gespräch.

Vom Virus der „Entwicklung“

FRAGE: [...] Wir fragen uns, welche Form von Entwicklung wir befürworten können, oder ob, so wie Du es tust, wir den Begriff insgesamt ablehnen. Kannst du

uns in dieser Hinsicht irgendeinen Rat geben?

ESTEVA: Ich kann eigentlich keinen Rat geben, denn ich habe nicht die Mentalität des Experten, der für die Standardprobleme stets Lösungen parat hat. Aber vielleicht kann ich Euch dennoch irgendwie nützlich sein, indem wir über meine eigene Erfahrung mit dem Thema „Entwicklung“ reden.

Zu den eigenen Träumen gelangen

Eine Zeitlang fühlte ich mich befreit von dem Entwicklungsproblem, und zwar aufgrund zweier konkreter Einschätzungen:

Die eine war die Entdeckung, was es bedeutet, die Welt aus der Perspektive des Unterentwickelten wahrzunehmen, zu akzeptieren, daß man unterentwickelt ist. Mir wurde klar, daß es sich hierbei um eine zutiefst unwürdige und lähmende Position handelt. Das zu akzeptieren hieße, daß man keine eigenen Träume mehr haben kann. Denn die Sachen sind bereits geträumt, und daß wir von denen abhängen, die bereits entwickelt sind – egal, ob es sich um konventionelle, alternative oder nachhaltige Entwicklung handelt. In jedem Fall heißt es, daß es Leute gibt, die wissen, was es bedeutet, „entwickelt“ zu sein. Diese Abhängigkeit zu durchbrechen war eine wirkliche Befreiung, um zu den eigenen Träumen zu gelangen.

Auf die eigene Definition vom guten Leben vertrauen

Der zweite Schritt in der Entwicklungskritik fiel leicht. Nun ging es darum, sämtliche Entwicklungsstrategien und deren Techniken zu kritisieren. Uns geht es dar-

um, die Ziele der Entwicklung zu kritisieren, Ziele wie die verallgemeinerte gebetsmühlenartig wiederholte Definition vom guten Leben. Diese Definition wiesen wir zurück und begannen stattdessen, auf unsere eigene Definition vom guten Leben zu vertrauen.

Es machte keinen Sinn mehr, sich mit Diskussionen darüber aufzuhalten, ob denn nun der Einsatz kapitalistischer oder sozialistischer Mittel sinnvoller sei, ob reformistisch oder revolutionär. [...]

Befriedigung heißt: Genügsamkeit

Mit der Entwicklung kommt ein Virus des Strebens nach einem immer besseren Zustand – und das bedeutet, daß man sich jede gegenwärtige Befriedigung abspricht. Das Wort Befriedigung heißt auch Genügsamkeit [...]. Man kann beruhigt sein und das Leben genießen. Wenn aber der Virus der Entwicklung einfällt, kann man nie mehr zufrieden sein, sondern strebt immer nach Neuem, das in der Zukunft angesiedelt ist. Damit ist verbunden, daß ich mit dem, was ich bin und was ich habe, nicht zufrieden sein darf. [...] Auf die Entwick-

lung angewandt bedeutet das eine Geringschätzung des Verfügbaren. Es ist die unerreichbare Mohrrübe, die vor der Nase baumelt, und die immer schneller ist als das Kaninchen.

Und die Solidaritätsbewegung hier bei uns ?

FRAGE: Was bedeutet das aber nun für die Arbeit einer Solidaritätsbewegung hier? [...]

Einmischung beginnt stets mit Geschenken

ESTEVA: Kriterien anzubieten bedeutet, die schlechte Sache durch eine andere zu ersetzen. Das ist das Problem. Was Ihr machen könnt, das ist Euer Problem, nicht das der Guatemaltekinen oder der Mexikanerinnen. Grundsätzlich würde ich sagen: Jegliche Hilfe von jeglichen Gruppen, egal ob gut, mäßig oder schlecht, vom Regierungsapparat oder von Nichtregierungsseite, war und ist grundlegend negativ. Ich habe noch keine Form der Hilfe gesehen, die positiv wäre. Jede solidarische Praxis muß zwei Kriterien erfüllen:

Erstens muß es darum gehen, auf die Bitten und Bedürfnisse und Initiativen der betroffenen Leute zu reagieren und nicht darum, was man selbst für sinnvoll hält.

Und zweitens muß darauf geachtet werden, daß durch die Antworten auf solche Initiativen keine Form der Abhängigkeit in den Beziehungen entsteht.

Dabei ist es ganz wichtig zu berücksichtigen, daß bei uns die Annahme eines Geschenkes immer auch die Unterordnung gegenüber dem Schenkenden beinhaltet, das wußten die

Missionare sämtlicher Kirchen sehr genau. Ihre Tätigkeit der Einmischung begann stets mit Geschenken. Denn in unserer Tradition ist der, der ein Geschenk annimmt, verpflichtet, dem anderen Gehör zu schenken. Wenn auch die besten Absichten damit verbunden sein mögen: mit einem Geschenk ist immer auch ein Stück Unterordnung verbunden.

Der Virus der Abhängigkeit

Es gibt eine Frage, die Ihr Euch stellen könnt, um zu bemessen, was ihr anrichtet: Was würde passieren, wenn ihr morgen sämtliche Hilfe kappt und Euch zurückzieht? Wenn die betreffende Gruppe unter einem solchen Rückzug leidet, dann ist sie von euch abhängig. Und da ist der Virus. Wenn Ihr geht, und es passiert gar nichts, dann heißt das, daß da eine Praxis der Kooperation und ein Austausch im Geben und Nehmen existiert, der die Leute bei ihren Sachen nicht beeinträchtigt, wenn diese Kooperation unterbrochen wird. Mein Eindruck aber ist es, daß im überwiegenden Teil der Fälle, wenn die Unterstützung plötzlich nicht mehr fließt, das Projekt, das begonnen wurde, sich sehr schnell wandelt oder abstirbt. Weil die Abhängigkeit von Fremdmitteln besteht.

Seit Jahren nehme ich wahr, daß für die Leute hier praktisch eine Notwendigkeit besteht, sich von den Schrecknissen anderer Leute anrühren zu lassen und etwas zu unternehmen. Dabei geht es nicht um irgendeine kolonialistische Attitüde gegenüber den anderen, sondern um ein authentisches Bedürfnis. Dahinter steht: „Ich kann nicht ruhig schlafen, wenn ich sehe, was passiert, und dennoch nichts tue.“ [...] Wenn es sich so verhält, daß ich, als um meinen Schlaf bangender Fernsehzuschauer, zum Scheck greife und diesen für meine bevorzugte Hilfsorganisation ausfülle, nachdem ich hungernde Kinder in irgendei-

nem Teil der Welt gesehen habe. ... – Ich löse nicht das Problem, noch weiß ich, ob der Scheck nicht irgendwelchen Schaden anrichten wird. Ich habe lediglich mein privates Problem gelöst.

Für die gleiche Sache kämpfen

Ein weiteres Element, das ich erwähnen möchte, resultiert aus meiner aktuellen Sicht der Dinge. Aus der Haltung der Zapatisten, die ich teile, ist unsere Haltung gegenüber technischer oder finanzieller Hilfe ein klares „Nein danke!“ Wir brauchen sie dringend, und sie ist unverzichtbar. Aber selbst diese Solidarität oder Allianz ist für uns an eine sehr wichtige Bedingung geknüpft: Es muß Klarheit darüber herrschen, daß unser Kampf auch der Eure ist. Wir haben die Schäden gesehen, die eine Solidarität anrichtet, die sagt: „Laßt uns den armen Indios in ihrem Kampf gegen die schlechte Regierung helfen“. Das interessiert uns nicht. Dagegen ist eine politische Allianz überaus wichtig, ja sogar lebenswichtig für die Zapatisten, die sagte: „Was die da in Chiapas machen, das ist auch unser Kampf.“ Wir kämpfen für die gleiche Sache und gegen den gleichen Feind; mich mit ihnen zu solidarisieren, heißt meinen eigenen Kampf zu führen. Das nenne ich ein Bündnis, so entsteht Kooperation. [...]

Der Kampf für Menschenrechte als trojanisches Pferd der Rekolonisierung

Ich will ein Beispiel erzählen. Wir sind zu der Einschätzung gelangt, daß der für alle Welt akzeptable, unschuldige Kampf für die Menschenrechte zum trojanischen Pferd der Rekolonisierung geworden ist. Und zwar zu einem gefährlichen trojanischen Pferd. Die hauptsächliche und grundlegende Auslegung der Menschenrechte liegt auf dem Gebiet der individuellen Rechte. Den Kampf und den Blick für



Mitla – Mexiko; Foto: Martin von Hohnhorst aus dem Kalender 1997 „Bewegtes Lateinamerika“

die Menschenrechte in unseren Gemeinden einzuführen, heißt, den Virus der Individualisierung einführen und zur Auflösung unserer Dorfgemeinschaften beitragen. Stattdessen werden besitzende Individuen herausgebildet, so wie sie vom Westen erfunden wurden. Die Menschenrechte haben in dem Sinne also einen gegenteiligen Effekt von dem, was wir anstreben.

Das heißt natürlich nicht, daß man nicht gegen das Grauen, gegen Machtmißbrauch ankämpfen soll. Nur muß man genau hinsehen, auf welcher kulturellen und emotionalen Grundlage der Kampf gegen Terror und Machtmißbrauch geführt wird, und ob es dazu der programmatischen Plattform der Menschenrechte bedarf. Schon seit jeher gibt es Schreckliches in unseren Kulturen und dagegen haben wir auch schon seit jeher aus unseren eigenen Wertmaßstäben heraus gekämpft, ohne daß wir dazu das Evangelium der Menschenrechte benötigt hätten. Es muß nicht zwangsläufig auf das westliche Evangelium der Menschenrechte zurückgegriffen werden. [...]

Falls Ihr also diesen Voraussetzungen folgt, müßt Ihr genau unterscheiden, welche Gruppen sich in diesem Sinne verhalten. Welche haben schon den Virus der Entwicklung oder der Kolonisierung eingekauft? Und damit mischt Ihr Euch schon ein! Ganz abgesehen davon, daß eine Unterscheidung von hier aus sehr schwierig ist, selbst wenn einige von Euch ständig dort leben würden, wärt Ihr immer noch Externe. Ihr müßt immer daran denken, daß Ihr als GeldbeschafferInnen angesehen werdet. Und das schlägt sich natürlich auf die menschlichen, persönlichen Beziehungen nieder. Die Leute reden dann nicht mehr mit dem gleichen Vertrauen wie zu einem Freund. Denn immer ist das Geld dazwischen. Es gibt fähige Gruppen, die Würde an den Tag legen, und die irgendwelche Provisionen ablehnen, obwohl sie

natürlich jeden Pfennig gebrauchen können. Aber nicht alle haben diese Festigkeit.

FRAGE: Wie siehst du es dann, daß immer von „Projekten“ die Rede ist? Projekte bedeuten ja auch, daß verschiedene Partner miteinander in Kommunikation treten.

Das Projekte als Zwangsjacke

ESTEVA: Seit einiger Zeit vertrete ich die Idee, daß ein Projekt im wesentlichen ein Kadaver ist. Denn ein Projekt muß in der Form eines Kadavers präsentiert werden, damit derjenige, der Geld dafür hergeben soll, eine Autopsie des Projektes vornehmen kann. Es in seine Einzelteile zerlegen kann, um schließlich zu unterschreiben. Das Wort „presupuesto“ (Kostenvoranschlag) klingt schön im Spanischen, denn es ist eine vorweggenommene Annahme: „Ich nehme vorläufig an, daß das möglicherweise so viel kosten wird“. In einem Projekt verliert das Wort aber seinen Sinn. Hier wird der Kostenvoranschlag zu einer Zwangsjacke, die bestimmt, wieviel das Projekt kosten darf und wie das Geld ausgegeben werden muß. Wenn die Gruppe, die das Geld erhält, es auf andere Weise ausgibt, bekommt sie Probleme, weitere Mittel zu empfangen. Wenn sie sich aber an die Buchstaben des Projektantrages hält, pflanzt sie Leichen in den Dörfern.

Eine Zeitlang dachten wir, daß die Lösung in besonders ausgefeilten Techniken liegen. Wir mußten aber erkennen, daß es sich dabei nur um die Einbalsamierung von Lebewesen handelte, daß wir unsere Initiativen umhüllten, als wären es Kadaver, um die Bewilligung zu erreichen und dann damit zu machen, was wir für richtig hielten. Wir merkten jedoch, daß auch das nicht funktioniert. Denn wir waren dabei, unsere Freunde zu betrügen, ihnen etwas vorzugaukeln. Und das ist weder gut noch mit



Auf: La Parranda bei Jinotega/Nicaragua

Foto: Udo Fleige

der Würde vereinbar. Wir konnten uns trotzdem nicht von der Zwangsjacke des Projektes restlos befreien. Ich glaube ganz einfach, daß die Initiativen in den Dörfern, das, was die Leute dort machen, sich nicht in Projekte packen läßt. Die lebendigen Sachen beginnen mit einer bestimmten Richtung, werden zu Initiativen, und nehmen dann eine andere Richtung als vorgesehen. [...]

Die Ziele an die begrenzten Mittel anpassen

Es wird angenommen, daß die Wünsche des Menschen sehr groß sind, um nicht zu sagen, unbegrenzt, und daß die Mittel dafür begrenzt sind. Von daher müsse man das Problem der Ressourcenverteilung angehen. Damit sind wir beim ökonomischen Problem.

Einige Ökonomen wollen das Problem mit Hilfe des Marktes, andere mit Hilfe des Plans lösen. In vielen unserer Dörfer wird versucht, diesem Wahnsinn zu entkom-

men, und in das Zentrum des Dorflebens die Politik und die Ethik zu stellen, nicht die Ökonomie. Das bedeutet aber, daß die Ziele nicht unbegrenzt sein können, wenn die Mittel begrenzt sind. Und das wiederum bedeutet, daß man das Prinzip des Mangels abschaffen muß, daß wir unsere Ziele in Abstimmung mit den vorhandenen Mitteln definieren. Wir denken, daß alles andere unsinnig ist. Wenn Ihr kommt und sagt: „Du brauchst über Deine Pläne nicht in Abhängigkeit von den Dir zur Verfügung stehenden Mitteln nachzudenken. Denn diese kannst Du auch woanders erhalten. Du brauchst Dich in Deinen Zielen nicht auf Deine Mittel hin zu bescheiden, sondern Du kannst Dinge anfordern, um so noch mehr Mittel zu haben.“ – Dann impft Ihr die ökonomische Weltsicht ein und trägt dazu bei, daß die Leute sich wieder abwenden von dieser interessanten Initiative, eine sinnvollere Lebensweise zu entwickeln als den vorherrschenden modernen ökonomisierenden Weg zu beschreiten.

(Übersetzung: Uli Mercker)

„Ich fürchte Euch nicht“

Olivia Alvarez Alvarado antwortet auf Gustavo Esteva Unsere Bedürfnisse, Ängste und Hoffnungen begreifen

Liebe Freunde:

[...] Wenn Gustavo Esteva über die Kriterien von SOLIDARITÄT in der Entwicklungshilfe spricht, kann ich ihn unschwer als Mitglied einer Gemeinschaft [von Ureinwohnern in Guatemala] erkennen, die stolz auf ihre Herkunft und ihre Geschichte ist. Außerdem ist er sich der Ausbeutung

die Produkte zum Preis von Gold zurückschicken zu können, die sie aus den zum Preis von feuchtem Kehrlicht eingekauften Rohstoffen hergestellt haben.

Die Überlegungen des Herrn Esteva in dem Interview sind richtig und wichtig, weil er weiß, was es heißt, die soziale und wirtschaftliche Ungerechtigkeit zu erleiden,

die von seiten der Mächtigen den Gemeinschaften der Ureinwohner zugefügt wird. Er hat recht, wenn er zu dem Schluß kommt, daß die Unterentwicklung nicht mit dem Geld der Solidarität überwunden werden kann. Tatsächlich sehen wir ja, daß ein großer Teil dieser Gelder in die Hände ziemlich undurchsichtiger Personen gelangt. Recht hat er auch in Bezug auf die Kirchen jeglichen Bekenntnis-

ses, die sich die Unterwerfung der Völker mit Geschenken erkaufte haben.

Schließlich erscheint mir Herr Esteva sehr klar und aufrichtig zu sein in seiner Analyse dessen, was solidarische Hilfe tatsächlich ist und was sie sein sollte, um ihren Sinn erfüllen und ihre Ziele erreichen zu können. ...



Kindergarten auf der Kaffeeplanca La Parranda (APF-Betrieb) bei Jinotega/Nicaragua

bewußt, der seine Rasse zunächst nach der Entdeckung durch die Kolonialmächte ausgesetzt war, danach durch die Länder der kapitalistischen Welt, die zu unseren Völkern gekommen sind, um mit Billigung der zum Kapitalismus neigenden Regierungen die Reichtümer unserer Flora und Fauna ungestraft mitgehen zu lassen, um danach

Ich habe das Interview mehrere Male gelesen, es gefällt mir, und ich betrachte es als Gegenstand von Studien und Analysen, denn er wendet sich ja nicht grundsätzlich gegen die Entwicklungshilfe. Was er kritisiert, sind die versteckten Absichten und undurchsichtigen Methoden der Regierungen, die uns unterstützen. Deswegen sagt er, es käme nicht darauf an, daß sie einen Scheck schicken, um ihr Gewissen zu beruhigen, sondern daß sie unsere Bedürfnisse, Ängste und Hoffnungen als die ihren begreifen ... Und wenn diese totale Identifikation mit uns, die sie als unterentwickelt ansehen, erreicht ist, wenn sie empfinden, was wir, die „Unterentwickelten“, empfinden, dann werden sie wissen, wie man uns helfen kann und wie sie mit den eingeborenen Völkern solidarisch sein können ...

Den Anderen an die erste Stelle setzen

Ich verstehe nicht ganz, liebe Freunde, was Ihr damit beabsichtigt habt, als Ihr mir dieses Interview geschickt habt. Sollte ich es nur lesen und ein bißchen kommentieren? Oder sollte ich seine Ideen mit unserer Wirklichkeit vergleichen? Die Wahrheit ist doch, daß diese davon grundverschieden ist. Ich empfinde deutlich, daß unsere Beziehung von Achtung, Rücksichtnahme und Zuneigung getragen war. Die Solidarität von euch uns gegenüber habe ich nie als befremdlich oder erniedrigend empfunden. Ihr habt uns das gegeben, was wir gewollt haben in Übereinstimmung mit unseren Bedürfnissen und unserer Wirklichkeit, sogar in Übereinstimmung mit unseren Zielen und Vorhaben, und niemals haben sich eure Absichten eingemischt.

Vielleicht bezieht sich der Herr in dem Interview auf die Solidarität im großen Stil, von Regierung zu Regierung oder auf eher bürokratische als solidarische Gruppen wie diese Institutionen, die die Hilfsprojekte in großem Stil leiten und ihr Geld so anbrin-

gen wollen, wie es ihren Interessen entspricht und wo man manchmal den Eindruck hat, daß die Bürokratie die Liebe des Evangeliums ausgelöscht hat. In unserer Beziehung zu euch, meinen Freunden für eine bessere Gemeinschaft im Sinne der ökumenischen Kirche, fühlte ich niemals den Zwang, meine Ideen verschweigen zu müssen aus Angst, daß ihr uns eure Unterstützung entziehen würdet. Ich glaube, daß bei dem Solidaritätsbegriff des Herrn Esteva das mitmenschliche Gefühl für das Teilen, die Zusammenarbeit mit dem anderen verschwunden ist. Dabei ist es das wichtigste, den anderen an die erste Stelle zu setzen, ohne dafür eine Gegenleistung zu fordern und ausschließlich die Bedürfnisse dieses Anderen zu berücksichtigen, wer auch immer und wo auch immer er sei. Außerdem ist VORSICHT angebracht, daß diese Hilfe nicht durch die Hände von Ehrlosen und Opportunisten geht.

Oft hat auch die Hilfe, die von Staaten gegeben wird, einen politischen Einschlag und keinen wirklich religiösen im Sinne des Evangeliums. Außerdem übergeht man wegen der imperialistischen Propaganda Völker, die sich gegen das rein wirtschaftliche Denken wehren und anti-imperialistisch sind. So ist es mit Nicaragua und den Kubanern gegangen: was ist daran böse, Sandinist zu sein? oder Sozialist? oder Kommunist?

Ich liebe Euch immer und werde Euch auch in Zukunft lieben. Ich achte und bewundere Euch alle....

aber ich fürchte euch nicht; noch habe ich das Gefühl, euch untergeordnet zu sein; sonst wärt ihr nicht meine Freunde ... ein Freund ist das größte und schönste, was es unter Menschen geben kann ...

Matagalpa, den 6. Juli 1996

(Übersetzung: Klaus Faller)

Ortega gegen Alemán

Am 20. Oktober 1996: Wahlen in Nicaragua

Am 19. Juli 1979 siegte unter Führung der Sandinistischen Befreiungsfront (FSLN) in Nicaragua die Revolution. Am 19. Juli 1996, am 17. Jahrestag der Revolution, eröffneten die Sandinisten den Wahlkampf, denn am 20. Oktober soll ein/e neue/r Präsident/in für Nicaragua gewählt werden. „Daß der ehemalige Revolutionsplatz – von der konservativen Regierung Violeta Chamorros in Platz der Republik umbenannt – sich in ein Meer von rotschwarzen Fahnen [der Fahne der FSLN] verwandelte, wie vor 17 Jahren, als die unrasierten Guerrilleros nach der Flucht des Diktators Somoza in Managua einzogen, dürfte den siegessicheren Liberalen zu denken geben.“ (taz 22.7.96)

Die siegessicheren „Liberalen“

Bei den „siegessicheren Liberalen“ handelt es sich um das Parteienbündnis „Liberaler Allianz“, bestehend aus den meisten „liberalen“ Parteien Nicaraguas (mit Ausnahme der zweitgrößten, der PLI, der Partei des jetzigen, machtlosen, Vizepräsidenten Vigilo Godoy). Arnoldo Alemán (seine eigene Partei heißt PLC, Partido Liberal Constitucionalista), dem „Franz Josef Strauß Nicaraguas“ und ehemaligem Bürgermeister Managuas ist es geglückt, dieses Wahlbündnis zu schmieden, und Bündnisse werden die Präsidentschaftswahl entscheiden.

Nach einer Umfrage vom April 1996 könnte Arnoldo Alemán mit 36,2% der Stimmen rechnen; er hatte als Bürgermeister von Managua mit einer populistischen Politik Stimmen gewonnen: Hier ein neuer Springbrunnen mit Beleuchtung, dort eine

große neue Straßenkreuzung, das Fernsehen stets dabei...). Doch 36% reichen nicht – Wer am 20. Oktober Präsident werden will, der braucht, so verlangt es das Wahlgesetz, mindestens 45% der Stimmen. Falls keiner der inzwischen über 30 KandidatInnen auf Anhieb diese 45% erreicht, was wahrscheinlich ist, werden im Dezember 96 Stichwahlen stattfinden, bei denen die einfache Mehrheit entscheidet.

Wahlbündnisse werden entscheidend sein

Unterstützt wird die Liberale Allianz von der Gewerkschaft CAUS, die der „kommunistischen“ Partei Nicaraguas (PCdN) nahesteht, die wiederum schon immer in Opposition zu den Sandinisten und ihrer FSLN stand. Verbündet hat sich Alemán ebenso mit einigen Männern aus konservativen Parteien, so mit José Castillo Osejo, der in seiner eigenen „nationaldemokratischen“ Partei nicht als Präsidentschaftskandidat aufgestellt wurde, und mit Fabio Gandeia Mantilla aus der PRN, der „Partei des nationalen Widerstandes“, das ist die Partei der Ex-Contras, die „wegen heillosen interner Zwistigkeiten zum Gespött des Landes geworden ist“. (taz) Die beiden letztgenannten Männer sind für Arnoldo Alemán deshalb wichtig, weil sie die Besitzer von „Radio Corporación“ sind, einem der wichtigsten Radiosender des Landes, in den 80er Jahren Sender der bewaffneten und der politischen Contra. Im halben Land gibt es bewaffnete Gruppen, die mit Alemán sympathisieren und Alemán ist auch der Mann der rechtsextremen Exilscene in Miami. Wahlkampfmanager ist

Enrique Bolanos, der ehemals an der Spitze des Unternehmerverbandes COSEP stand. – Schlechte Karten für die FSLN?

Die jetzige Präsidentin Violeta Chamorro ist mit Hilfe eines eben solchen Wahlbündnisses im Jahre 1990 an die Regierung gekommen; ihr damaliges Bündnis, die sogenannte UNO, bestand aus 14 konservativen, liberalen, sozialistischen und kommunistischen Parteien, die – auf Druck der USA – gemeinsam gegen die FSLN angetreten waren. Mit 43% der Stimmen mußte die FSLN seinerzeit in die Opposition. Aber Arnoldo Alemán vertritt eine andere Linie als die jetzige Präsidentin, (die aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht wieder kandidieren kann). „Arnoldo Alemán, der als Altsomozist gilt, hat [...] den Volkstribun gespielt, der jede Erinnerung an die sandinistische Zeit auslöschen wollte – ganz im Gegensatz zu den regierenden neoliberalen Technokraten, die auf friedlichen Übergang setzten und sogar mit den SandinistInnen paktierten. So verkörpert Alemán eine Linie, die in der nachsandinistischen Zeit nicht zum Zuge kam.“ (Bernd Pickert in der taz vom 22.7.96)

Daniel Ortega sucht ein neues Image

Die FSLN ist nach wie vor, trotz verschiedener Korruptionsskandale („Piñata“¹⁾) und trotz der Abspaltung eines reformierten Flügels (vgl. CuS 1/95: „Der Tunnel am Ende des Lichtes“), die stärkste politische Kraft in Nicaragua. Daniel Ortega (FSLN) bekäme am 20. Oktober nach den o.g. Umfragen vom Frühjahr 23,5% der

Stimmen und soll inzwischen aufgeholt haben. Es ist ihm bisher jedoch nicht gelungen, Bündnispartner für die Wahl zu finden, die FSLN kandidiert (wie 1990) als eigenständige Partei. Otmar Meyer vom Informationsbüro Nicaragua schreibt dazu (Informationsbüro Nicaragua, Rundbrief 3/96), daß Ortega „zwar Stimmen anzieht, aber auch stark polarisiert. Er repräsentiert die Kontinuität der sandinistischen Revolu-



Bäuerinnen beim Brennholz sammeln Foto: Udo Fleige

tion und damit die sozialen Veränderungen, die diese für die Bevölkerung brachte. Er steht aber auch für Uniform, Machtwillkür, Piñata und das Festhalten an hierarchischen Strukturen“. Selbst die kubanische Regierung soll deshalb auf Ortega eingewirkt haben, nicht zu kandidieren, weil mit der Kandidatur ein Wahlsieg der Liberalen erleichtert werden könnte. Ortega arbeitet daran, sich ein neues Image zu geben; als Vizepräsidentschaftskandidaten nominierte seine Partei Juan Manuel Caldera Lacayo, einen Viehzüchter, dessen Land unter sandinistischer Regierung 1983 konfisziert wurde. Er ist Mitglied des Unternehmerverbandes COSEP und hatte bei den letzten Wahlen 1990 die UNO, das Wahlbündnis gegen die FSLN, unterstützt.

Auf dem Parteikongreß der FSLN am 4./5. Mai 96 war Ortega mit 471 von 540 Delegierten zum Präsidentschafts-Kandidaten gewählt worden. 67 Stimmen erhielt Vilmar Nuñez. Sie war Präsidentin des Obersten Gerichtshofes und ist Vorsitzende der Menschenrechtsorganisation CENIDH, sie gilt als nicht korrumpierbar und steht für eine Erneuerung der FSLN; manche glauben, daß es mit ihr leichter wäre, Bündnispartner für die FSLN zu finden. Vilmar Nuñez fühlt sich von ihrer Partei behindert, findet kaum Platz in den Parteimedien, bei der consulta popular (siehe unten) fehlte ihr Name in einigen Ortschaften auf der Liste. Der 3. Kandidat der FSLN, Alvaro Ramírez, erhielt 2 Stimmen.

Die „consulta popular“ war eine Art Volksbefragung darüber, wen die FSLN als Präsidentschafts-Kandidaten aufstellen sollte. Die Konsultation fand im Februar 1996 statt; etwa 400.000 der erhofften 500.000 Menschen (Nicaragua hat etwa 4 Millionen Einwohner/innen) beteiligten sich: Ortega kam bei der consulta auf 84%, Vilmar Nuñez auf 14% und Alonso Ramírez auf 2%. Nach Berichten von Otmar Meyer ging es bei dieser Befragung nicht beson-

ders korrekt zu, der Parteiapparat habe viel Einfluß zugunsten von Ortega genommen.

Ortegas Ex-Vize Sergio Ramirez und weitere Kandidaten

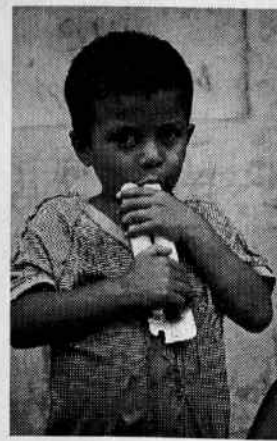
Auf Platz drei bei den Meinungsumfragen den Wahlsieg betreffend lag Alvaro Robelo, Multimillionär, Ex-Präsident und Hauptaktionär der Banco Europeo Centroamericano, ehemaliger Botschafter in Italien, der in allen Medien bezahlte Anzeigen geschaltet hat, Flugblätter aus Flugzeugen abwerfen ließ. ... Sein Kapital wird mit Geldwaschaktionen der italienischen Mafia in Zusammenhang gebracht, mit falschen Pässen und Geld aus dem Waffenhandel. Seine Partei Arriba Nicaragua („Aufwärts Nicaragua“) ist (wie die FSLN und 20 weitere Parteien z.Zt. auch) ohne Wahlallianz. Nach einer Meldung von Lateinamerika Prensa (Managua) vom 27. Mai 1996 soll Robelo allerdings Präsidentschaftskandidat der „Nicaraguanischen Allianz“ werden, einem Wahlbündnis der „nationalkonservativen Aktion“ mit der „christlich-demokratischen Union“.

Sergio Ramirez, Vizepräsident Nicaraguas unter Daniel Ortega bis 1990, kam bei den Meinungsumfragen mit seiner von

Mexikanische Solidaritätserklärung mit unserem politischen Kampf in Deutschland

... Wir bereiten uns darauf vor, Solidaritätsgruppen mit dem Kampf in Euren jeweiligen Ländern zu bilden. Ihr dürft Euch sicher sein, daß wir Euch bis zum Ende unterstützen werden (das nicht unbedingt der Sieg sein wird). Ihr dürft nicht den Mut verlieren angesichts der Schwierigkeiten und müßt Widerstand leisten. Ihr sollt voranschreiten, und denkt daran, daß es in den Bergen des mexikanischen Südostens ein kollektives Herz gibt, das auf Eurer Seite steht und Euch unterstützt. Fühlt Euch nicht allein oder isoliert. Wir blicken weiterhin auf Euch und vergessen Euch nicht. Salud, und vergeßt nicht, daß die Blumen wie die Hoffnungen gepflegt werden müssen ...“.

Subcommandante Insurgente Marcos der mexikanischen „Zapatisten“ an die Solidaritätsbewegungen Europas und an die Völker der Welt, Mexiko, August 1995



der FSLN abgespaltenen Partei MRS auf gerade 4,5%. Ramirez wird u.a. unterstützt von Ernesto Cardenal und der prominenten nicaraguanischen Schriftstellerin Gioconda Belli, deren neuester Roman „Waslala“ soeben in deutscher Sprache erschienen ist.

Antonio Lacayo (Proyecto Nacional) kam bei den Umfragen im Frühjahr auf 2%. Lacayo ist der Schwiegersohn der Präsidentin Violeta Chamorro und Lieblingskandidat der US-Botschaft und des internationalen Währungsfonds IWF, weil er moderat und nicht konfrontativ agiert, die USA möchten endlich Ruhe in ihrem Hinterhof haben.

Weiterer prominenter Kandidat für die Präsidentschaft ist Antonio Cuadra, Herausgeber von Lateinamerika Prensa, der als Vertreter der traditionellen Oligarchie und „Sandinistenfresser“ gilt.

Da kein Kandidat im ersten Wahlgang auf 45% kommen wird, haben sich verschiedene Wahl-Bündnisse gebildet. Neben der schon erwähnten „Liberalen Allianz“ haben sich noch 4 weitere kleine Allianzen mit zusammen 15 Parteien gebildet, daneben treten 20 Parteien ohne Bündnis an, auch wenn es schon zahlreiche informelle Absprachen gibt. Zum Beispiel traf sich Anfang Mai 1996 Sergio Ramirez mit Eden Pastora, (dem legendären Commandante Zero aus den Anfangszeiten der sandinisti-

schen Revolution, später bei der Contra) und Adolfo Calero.

Organisationsprobleme

Das gültige Wahlgesetz wurde im November 1995 verabschiedet; auch NicaraguanerInnen, die vorübergehend im Ausland leben, erhielten Wahlrecht, falls die oberste Wahlbehörde das Geld und die Infrastruktur dafür hat. Sie hat allerdings nicht genügend Geld, so daß viele NicaraguanerInnen, die z.B. in Deutschland leben, von ihrem Wahlrecht überhaupt noch nichts erfahren haben. Wer übergangsweise im Ausland lebt, sollte und konnte sich am 10.6.96 in den Konsulaten einschreiben, muß aber in Nicaragua wählen. Der langjährige Präsident des obersten Wahlrates, Mariano Fiallos, trat Ende Januar 1996 zurück, da die Reformen des Wahlgesetzes inkompatibel seien mit dem niedrigen Budget für die Organisation der Wahlen.

Es gibt 2 – 2,5 Millionen Wahlberechtigte (andere Quellen nennen 1,5 Millionen) ab 16 Jahren, jedoch Probleme bei der Registrierung, besonders im Norden (bewaffnete Banden, gewalttätige Auseinandersetzungen, Entführung von Mitgliedern des Wahlrates, bürokratische Behinderungen). Deshalb wurde die Registrierung in 26 ländlichen Bezirken Anfang Juni suspendiert, das betrifft rund 350.000 Stimmberechtigte, von denen 1990 die meisten gegen den damals regierenden sandinistischen Präsidenten Daniel Ortega und die FSLN gestimmt hatten. Jetzt hat man 4000 Soldaten in den Norden geschickt, um für mehr Sicherheit zu sorgen (FR 10.6.96).

Udo Fleige

1) Anmerkung Red. Dieser Begriff meint eigentlich ein beliebtes Kinderspiel in Nicaragua. In diesem Kontext bedeutet es aber etwa folgendes: Im Zeitraum von der für die FSLN verlorenen Wahl bis zur Übergabe der Macht an die Nachfolger, haben sich eine Reihe von FSLN-Funktionären noch im Schnellverfahren an Staatseigentum bereichert.

FSLN an die Macht!

Für ein freies, demokratisches und soziales Nicaragua!

Vor 17 Jahren, 1979, fand eine der langlebigsten lateinamerikanischen Diktaturen in der Vertreibung der Familie Somoza aus Nicaragua ihr Ende. Unter der Führung der 'sandinistischen Front der nationalen Befreiung' – benannt nach dem in den 30er Jahren mit seiner Guerillaarmee gegen die in Nicaragua eingesetzten US-Marines erfolgreichen Augusto César Sandino – entstand eine Allianz, die über christliche Gruppen bis in das bürgerlich-intellektuelle Lager hineinreichte und einen für Lateinamerika modellhaften Umbau der nicaraguanischen Gesellschaft herbeiführte: Stärkung der nationalen Identität und Würde; Inkraftsetzung der Menschenrechte; kostenlose Schulbildung und medizinische Versorgung; Landreform und Umverteilung des Besitzes an Gebäuden und Produktionsmitteln.

Doch schnell stieß das Modell Nicaragua auf den Widerstand der Reagan'schen US-Außenpolitik: Auf militärische Nadelstiche folgten der Aufbau einer 'Contra' genannten Terrorarmee, ein umfangreiches und für Nicaragua verhängnisvolles Wirtschaftsembargo und ein erfolgloser Aufruf zum Wahlboykott. Obwohl 1986 vom Internationalen Gerichtshof in Den Haag wegen dieser Politik zur Zahlung von 12 Milliarden US \$ Wiedergutmachung an Nicaragua verurteilt, leisteten sich die USA sogar den Bonus einer Supermacht, das Urteil

nicht anzuerkennen und konnten 1990 schließlich sogar den Erfolg ihrer perfiden Politik feiern:

Bei den zweiten freien Wahlen nach der Revolution wählten die NicaraguanerInnen, überdrüssig einer Fortsetzung von Bürgerkrieg und US-Embargo, ein von den USA initiiertes Oppositionsbündnis (U.N.O.) mit Violeta Chamorro als Präsidentin. Doch die erhoffte Verbesserung der Lebensverhältnisse blieb aus. Vielmehr ist die Situation für die große Mehrheit der Bevölkerung unter der von Internationalem Währungsfond und Weltbank verordneten und von der Regierung Chamorro weitestgehend kritiklos befolgten neoliberalen Radikalkur schlimmer denn je: Die Arbeitslosenquote liegt bei 60-70%; die kostenlose Schul- und Gesundheitsversorgung existiert faktisch nicht mehr; die sandinistische Landreform und Umverteilung des Besitzes sind vielfach rückgängig gemacht worden; das Land wird mit Unmengen von billigen Importgütern überschwemmt, gegen die die inländischen Produkte nicht konkurrieren können; die Kriminalität steigt rapide an.

Am 20. Oktober 1996 ist erneut Wahltag. In den in Nicaragua traditionell sehr unzuverlässigen Umfragen bisher aussichtsreichster Präsidentschaftskandidat ist Arnoldo Alemán – auch von seiner Statur her gut in die Rolle des 'Goliath' passend. Er ist Bewunderer des ehemaligen Diktators

Somoza: Sein Politikstil ist der des Caudillos, der auf das Regiment der starken Hand statt auf Bürgerbeteiligung und demokratische Kontrolle vertraut. Demokratie ist für ihn nur ein Mittel zum Zweck, nämlich an die Macht zu kommen. Sein Wirtschaftsprogramm ist das des Neoliberalismus, dessen soziale Folgen momentan auch in Deutschland sichtbar werden. Den Sandinisten droht er unverhohlen die Vernichtung an. Massive Unterstützung erhält er von den ultra-konservativen US-Republikanern um Jesse Helms.

Derzeit liegt der Kandidat der FSLN, Daniel Ortega, an zweiter Stelle. Ob er noch die Rolle des listigen und letztendlich sieghaften 'David' einnehmen kann, hängt vor allem davon ab, wie die FSLN ihren erst im August beginnenden Wahlkampf gestalten kann. Mit der Wahlniederlage

1990, den Unregelmäßigkeiten (sog. Piñata) bei der Regierungsübergabe und der Abspaltung der inzwischen bedeutungslosen Gruppierung der Erneuerer (MRS) um Sergio Ramírez hatte die FSLN einige Krisen zu überstehen. Sie ist mit ihrer politischen Programmatik aber nach wie vor die einzige Partei, die die Interessen der armen Bevölkerungsmehrheit vertritt.

In unserer Partnerstadt León hat die FSLN in den letzten sechs Jahren die Stadtregierung gestellt und dabei bewiesen, daß sie auch unter neoliberalen Bedingungen eine soziale Politik umzusetzen vermag. Sie hat daher gute Chancen, in León erneut die Wahlen zu gewinnen. Dennoch wird der Wahlkampf gerade in León heftig werden: als zweitgrößte und zudem 'sandinistische' Stadt wird sie von den Rechten im Wahlkampf besonders umlagert.



Campesinos im Norden Nicaraguas

Foto: Udo Fleige

- Das Bündnis Hamburger Bürgerinnen und Bürger, Solidaritätsgruppen und Parteien ruft zur Unterstützung des Wahlkampfes und der Projekte der FSLN auf, weil sie
- eine kritische und widerständige Haltung gegenüber IWF und Weltbank hat,
 - ein konkretes Programm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hat (Sozial- und Beschäftigungsprogramme, eine veränderte Steuer- und Kreditpolitik zugunsten kleiner und mittlerer Betriebe, verschuldeter Bauern und Kooperativen),
 - sich für ein Mitte-Links-Bündnis stark macht und
 - ein Garant für die Weiterentwicklung der Städtepartnerschaft Hamburg-León ist.

Verbreitet diesen Aufruf und beteiligt Euch an der Unterstützungskampagne!

Spendet für den FSLN-Wahlkampf in León!

KONTO Nr. 1239/122 623
BLZ 200 505 50 bei der HASPA
Kontoinhaberin: GAL Hamburg-Wandsbek
Stichwort: Internationales

ErstunterzeichnerInnen:

Jan Beckebrede (Nicaragua Verein HH), Bundesvorstand des Bundes der religiösen SozialistInnen Deutschlands, Carlos Fonseca Brigade, DKP-Hamburg, Eckhard Fey (Nicaragua Verein HH), Förderkreis Nicaragua der Initiative Schalom, Bärbel Fünfsinn (Referentin f. kirchl. Weltdienst & Lateinamerika im NMZ), Hochschul Antifa Uni HH, Joachim Holstein (Nicaragua-Initiative der Universität HH), Maria Ilic (Nicaragua-Verein HH), Kreisvorstand der GAL HH-Wandsbek, Peter Korn (Nicaragua-Verein HH), LAG Frieden und Internationales GAL Hamburg, Hermann Mädler (DKP), Mittelamerika-Referat der ESG Hamburg, Gaby

Morales Sánchez (Nicaragua-Verein HH), Iciar Oquiñena (Nicaragua-Verein HH), Hartmut Petrich (Nicaragua Verein HH, Betriebsrat IG Metall), Reiner Rischmüller (Nicaragua-Verein HH), José Benito Rodríguez (Nicaragua-Verein HH), Dorothee Sölle (Schriftstellerin u. Theologin), Solidaritätsfonds e.V., Loyda Vásquez (Nicaragua Verein HH), Klaus Wegner (Carlos Fonseca Brigade), Oliver Wildner (Förderkreis Nicaragua Init. Schalom)

Weitere UnterstützerInnen:

Gerda Ahrens, Arbeitskreis Lateinamerika, Hannover, Cuba Gruppe Hamburg, Frauke Finster (VS Nicaragua Verein HH), Elke Frerk (Nicaragua Verein HH), Jürgen Gotthardt (Nicaragua Koordinationsausschuß, HH), Ulrike Hanemann, Irma und Gerhard Jürs, Boris Lotze (Nicaragua-AK AGFJ), Nicaragua-AK der AGFJ, Nicaragua-Initiative am DESY, Sönke Nissen-Knaack (Kultur AG HH-León), Gerda Palmer (GEW-Mittelamerika Gruppe), PDS/Linke Liste LV Hamburg, Gorgonio Ruedas (Interuniversitas e.V.), Matthias Schindler (Nicaragua Verein HH), Sina Schwanbach (Nicaragua-AK AGFJ), Hartmut Winde, Günter Wolff

Weitere Informationen zur Kampagne:

Vorbereitungsgruppe FSLN-Wahlkampagne, z.Hd. Iciar Oquiñena, c/o Nicaragua Verein HH e.V., Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg

Hoch die internationale Solidarität

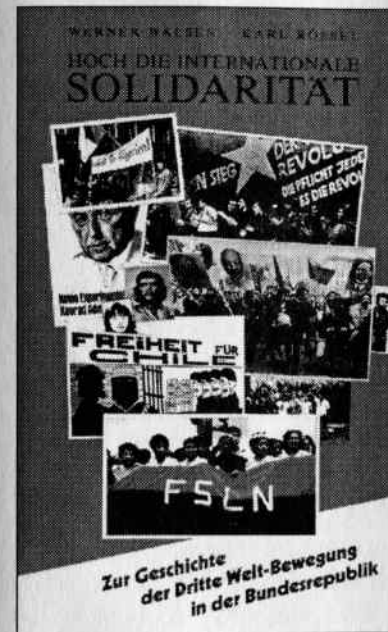
Ein reflektierender Blick von „innen“ und „außen“ auf die Geschichte der Dritte-Welt-Bewegung in der Bundesrepublik

Seit Jahrzehnten ist „internationale Solidaritätsarbeit“ ein wichtiger Bestandteil linken Engagements in Deutschland und auch aus der kirchlichen Arbeit nicht mehr wegzudenken. Sehr viele „Dritte-Welt-Gruppen“ agieren im Umfeld von christlichen Gemeinden und kirchlichen Organisationen und verstehen die so gestaltete Solidarität mit den Menschen der Dritten Welt als christliche Praxis. Auch der „Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten“ legt Wert auf seine international-solidarische Orientierung, was nicht zuletzt

in dem mit anderen Organisationen gemeinsam unterstützten Volksbildungsprojekt in Nicaragua zum Ausdruck kommt.

Diese Solidaritätsbewegung in Deutschland hat Geschichte. Sie entwickelte sich an bestimmten politischen Brennpunkten, geriet in Krisen und ist zur Zeit eher durch Verunsicherung denn durch klares Profil gekennzeichnet. Das ist nicht losgelöst von den Empfängerinnen und Empfängern ihrer Solidarität zu verstehen, deren dortige Erfolge und Niederlagen hier in der Bundesrepublik solidarisch verarbeitet werden mußten (man denke beispielsweise an die Entwicklungen in Südafrika, Nicaragua, El Salvador und die entsprechenden Konsequenzen für hiesige Solidaritätsaktivitäten).

Heute, sechs Jahre nach der sandinistischen Wahlniederlage in Nicaragua, angesichts der dort nun erneut anstehenden Wahlen und angesichts des Beginns der Alleinregierung des ANC in Südafrika wollen wir an dieser Stelle einen reflektierenden Blick auf die deutsche Solidaritätsgeschichte werfen. Dies tut an dieser Stelle, in einem ersten von mehreren geplanten Artikeln, Mauricio Isaza Camacho auf der Grundlage des vor 10 Jahren erschienenen und immer noch grundlegenden Buches über die Geschichte der Dritte-Welt-Bewegung in der Bundesrepublik mit dem Titel: „Hoch die internationale Solidarität. Zur Geschichte der Dritte-Welt-Bewegung in der Bundesrepublik.“



Mauricio ist kolumbianischer Staatsbürger, Volkswirtschaftler, lebt seit vielen Jahren in Hamburg und ist langjähriger Solidaritätsaktivist, so daß ihn die Fähigkeit auszeichnet, Solidaritätsarbeit von der Geber- und Empfängerseite reflektieren zu können.

Hoch die internationale Solidarität

Zur Geschichte der Dritte-Welt-Bewegung in der Bundesrepublik

Kölner Volksblatt Verlag, Köln 1986. 602 Seiten

Ein gut geschriebener journalistischer Text schlängelt sich um Zitate aus einem sehr langen Interview mit Klaus Vack und wird in dieser Bewegung immer wieder unterbrochen durch interessante Dokumente (Briefe, Diskurse, Erklärungen). Die konstituierenden Eigenschaften der Geschichte der Dritte-Welt-Bewegung in der Bundesrepublik Deutschland werden als Resultat einer Analyse der internationalen Solidarität mit Algerien (1957), Vietnam (1965), Chile (1973), Nicaragua (1978) und El Salvador (1980) vorgestellt. Einzelne Fakten aus der partiellen Beschäftigung deutscher InternationalistInnen mit der gesamtgesellschaftlichen Problematik in Korea (1950), Iran (1967), Mozambique (1969) und Portugal (1974) werden erwähnt und bei der Analyse auf konstituierende Eigenschaften teilweise berücksichtigt.

Die Meinung der Empfänger der bundesdeutschen internationalen Solidarität konnte auf Grund des riesigen Aufwands, den eine solche Recherche erfordert hätte, in diese Arbeit nicht einbezogen werden. Dies überrascht im ersten Augenblick, aber das Buch entfaltet eine so interessante Darstellung und Problematisierung der in der BRD praktizierten internationalen Solidarität, daß man im Laufe der spannenden Lektüre zu der Meinung kommt, diese Teilarbeit, so wie sie ist, war als erstes unbedingt notwendig.

Diese sehr gut informierte Arbeit bietet die Basis für die selbstkritische Reflexion über die Aktivitäten der solidarischen InternationalistInnen in der BRD – auch wenn

sie Nicht-Deutsche sind, aber von ihrem Leben hier ausgehend internationale Solidarität üben wollen. Die Sammlung von Dokumenten, die das Buch anbietet, ist wertvoll. Sehr mühsam wäre es, so wichtige Briefe (wie zum Beispiel die von Ulrike Marie Meinhof an Farah Diba – Ehefrau des Schah des Iran – und von der Befreiungsfront von Mozambique – FRELIMO – an Bundeskanzler Willy Brandt), Ansprachen im Bundestag (wie die von Gaby Gottwald, Die Grünen, im Jahr 1984), Flugblätter, Aufrufe und Erklärungen ausfindig zu machen.

Es ist nicht möglich, eine so große Arbeit in all ihrer Vielfalt zu besprechen, wenn man den Rahmen eines Artikels nicht sprengen will. Der folgende Text über den vielfältigen Text von Basel und Rüssel greift eine der vielen Anregungen auf, die von diesem Buch ausgehen.

I.

Das deutsche „Wirtschaftswunder“ aus lateinamerikanischer Sicht

Die Volkswirte und Absolventen der Kölner Schule – Institut für Publizistik, Werner Balsen und Karl Rüssel, haben bereits vor zehn Jahren ein großes Buch zur Geschichte der Dritte-Welt-Bewegung in der Bundesrepublik Deutschland veröffentlicht. Es ist ein Buch, das eine Sammlung von Informationen zur Geschichte der internationalen Solidarität in der BRD anbietet. Die vielfältigen Informationen, die einem das Buch vermittelt, ermöglichen eine eigene Analyse der nationalen und internationalen

Situation, die die Entstehung der solidarischen Bewegungen in der BRD erforderten und förderten. Diese Präsentation der innenpolitischen und sozialen Ereignisse der BRD als Hintergrund für die Vorstellung der verschiedenen solidarischen Bewegungen der Deutschen nach dem zweiten Weltkrieg ist zweifellos das bedeutendste Merkmal dieser Arbeit von Balsen und Rüssel. Als Nicht-Deutscher, als Lateinamerikaner, liest man diesen Bericht über die inneren politischen Angelegenheiten der Deutschen nach 1945 und insbesondere über die einsame, hilflose und verzweifelte Lage der wahrhaft fortschrittlichen Menschen dieser Nation mit einem Interesse, das im Laufe der „Erzählung“ immer weiter zunimmt und notwendigerweise Sympathie entstehen läßt ... man hat doch im nicht-europäischen Ausland so sehr nur vom „Wirtschaftswunder“ gehört und schon deshalb nur Distanz zu den Deutschen empfinden können; eine Distanz, deren Kälte nicht die Temperatur ist, die die Entstehung der Sympathie erlaubt.

Das Wirtschaftswunder. Gut und traurig zu wissen, wie das Wunder zustande kam: Die Existenz der US-Interessen und folglich die große finanzielle Hilfe für den Wiederaufbau; Nazi-Funktionäre, die schon bald nach dem Krieg wieder auf ihre Arbeitsplätze gesetzt wurden, um mit ihren ungeänderten Kenntnissen, Fähigkeiten und ihrer Gesinnung mal wieder die „deutschen Interessen“ voranzutreiben; die Entschuldung der Reichen, um die Produktion ihrer Firmen schnell wieder in Gang zu bringen; schließlich die „Ärmel hoch“ und „Augen zu“- Haltung der nach dem Krieg im Elend Lebenden. Das waren die Elemente, die das „Wunder“ ermöglichten.

Es ist einfach empörend zu erfahren, wie wenig sich in den oberen Ebenen der Regierung und der Wirtschaft nach der Niederlage des Faschismus änderte; und einfach traurig ist es, wenn das Buch uns

von der Existenz der internationalen Solidarität mit den Deutschen gegen den Faschismus in Kenntnis setzt, und man sich gleichzeitig die Arroganz und Überheblichkeit vieler deutscher BürgerInnen heutzutage ins Gedächtnis ruft. Daß kubanische Arbeiter einen Tageslohn für die Rote Armee spendeten, daß Gewerkschafter in mehreren süd- und mittelamerikanischen Ländern Kleider und Medikamente für sowjetische Soldaten sammelten und gegen diplomatische Beziehungen zu Nazi-Deutschland protestierten; daß in Buenos Aires zwanzigtausend Menschen für die Abschaffung der Einwanderungsbeschränkungen für politisch Verfolgte aus Deutschland demonstrierten ... wie rührend das alles, wenn man bedenkt, daß jene Solidarität nicht aus dem Überfluß, sondern nur aus der Entbehrung kam, und weitgehend unbekannt geblieben ist.

II.

Zitat 1.

(...) dann zeigte sich wieder, daß solche Bewegungen wie die Chile-Solidarität eben keine Institutionen sind, sondern halt auch von Impulsen leben. Und es gibt immer neue Impulse. Ich will das jetzt nicht qualifizieren, ob positiv oder negativ, aber Bewegung kommt ja auch von bewegt sein (...).

Klaus Vack, von den Autoren zitiert auf den Seiten 371-372

Warum solidarisch sein ?

Das informationsreiche Buch von Werner Balsen und Karl Rüssel ist auf der Überzeugung basiert, Solidarität ist etwas Notwendiges, wenn man im Leben bestrebt ist, sich Rechenschaft über Ursachen und Folgen der eigenen Beweggründe zu geben. Allein die Gesamtlage der ganzen Menschheit kann die Mauer sein, auf die unsere

Gestalt ihren Schatten wirft und uns zeigt, welche Figur unsere Existenz macht. Diese Überzeugung trägt das Buch, wird aber nicht ausdrücklich formuliert, so daß man den Eindruck haben muß, das Buch ist von vornherein für Kreise geschrieben, in denen keine Grundsatzklärung mehr hinsichtlich der Notwendigkeit der Gerechtigkeit und des positiven Zusammenhangs von allem, „was menschliches Antlitz zeigt“, benötigt und erwartet wird. Es wirkt insofern erfrischend, brüderlich und „spezialisiert“. Trotzdem haben sich die Autoren in der Einleitung der Illusion hingegeben, das Buch könne auch (...) „von denjenigen gelesen werden, die gerade erst mit der internationalen Solidarität anfangen oder anfangen wollen (...)“ Dies ist nun wirklich eine Illusion: es stimmt ja, daß man Erzählungen von Ereignissen und Darlegungen von Zusammenhängen lesen kann, und daß man so insgesamt eine Information über „was bis jetzt passiert ist“ erhalten kann. Der Einblick in die Haltung der InternationalistInnen und in ihre Motivation zur internationalen und internationalistischen solidarischen Arbeit kann aber nicht allein aus den Nuancen der erzählenden und darlegenden Stimme(n) herausgewonnen werden; und vermutlich will der Mensch, der gerade erst mit der internationalen Solidarität anfängt oder anfangen will, wissen, warum man so etwas macht, was es im Leben des einzelnen bedeutet, befruchtet und problematisiert. Ohne eine innere Begründung der internationalistischen Haltung ist die Lektüre von tausend Ereignissen und zehn komplexen Zusammenhängen interessant und informativ, aber sie kann nicht als Einführung funktionieren. Es ist problematisch, wenn eine sorgfältige Beschreibung des äußeren Geschehens sich als eine Einführung in das Wesen des Geschehens präsentiert ... etwas, was oft passiert und selten problematisiert wird.

Wie steht es bei den Menschen, die internationale Solidarität praktizieren, mit der inneren Begründung ihrer Taten? Wie ist das Selbstverständnis der solidarischen InternationalistInnen? Die Arbeit von Balsen und Rüssel will keine Aspekte der Dritte-Welt-Bewegung umgehen und kommt am Ende des Buches dazu, einige Antworten auf diese Fragen zu versuchen: die Gruppen, von denen Internationale Solidarität ausgeübt wird, machten es sich sehr schwer mit einer deutlichen, bewußten und ausdrücklichen Stellungnahme zum Wesen der Solidarität, des Internationalismus und der eigenen Beteiligung an dieser Praxis. Eine Beobachtung, die auch jedeR in den Kreisen der internationalen Solidarität gemacht hat. Eine Beobachtung, die man auch in diesem Buch macht!

Das Zitat von Klaus Vack, das am Anfang dieser Gedanken über das Buch steht, erscheint ja auch im Buch selbst. Daß Bewegung von bewegt-sein kommt, sagt er uns. Man kann damit einverstanden sein. Man hat beim Lesen des Buches den Eindruck, daß die Autoren auch mit diesem Gedanken einverstanden sind. In Kreisen der internationalen Solidarität kann man auch leicht den Eindruck gewinnen, daß internationale Solidarität praktiziert wird, weil man durch den Anblick der Gewalt gegen die Würde des Menschen bewegt worden ist. Gegen diese Eindrücke erheben sich aber direkte – oder halb direkte – Worte. Niemand will akzeptieren-zugeben-sagen, daß man bewegt ist und aus moralischer Empörung etwas unternimmt. Wie viele und tiefgreifende Schäden hat die Idee des wissenschaftlichen Sozialismus angerichtet! Wie leicht die Abqualifizierung der Gruppen, die internationale Solidarität nur aus moralischen Gründen betreiben. Balsen und Rüssel selbst wurden zum ersten Mal bewegt durch den imperialistischen Krieg gegen Vietnam und, nach eigener Aussage, erst bei der Auseinandersetzung mit dem

Bau des Staudammes Cabora-Bassa in der portugiesischen Kolonie Mozambique wurde ihnen klar, daß es bundesdeutsche Wirtschaftsinteressen in der Dritten Welt gab. Dieser erste Impuls zu solidarischen Taten kam also aus der Gewalt, die den Autoren von den Schreckensbildern des Vietnam-

krieges in den Medien angetan wurde; aber (obwohl die ganze Sache der Natur der eigenen Impulse nicht direkt thematisiert wird) die Autoren, wie viele andere, möchten uns und jeden glauben lassen, daß ihre solidarischen und internationalistischen Impulse aus etwas wie einer logi-

Abo und Geschenk-Abo »CuS«

Seit 1948 erscheint die Vierteljahresschrift der deutschen Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten: »Christ und Sozialist/Christin und Sozialistin (CuS)«

Das Jahresabo kostet DM 20,- (Ausland DM 25,-) incl. Versand. Die tatsächlichen Kosten können durch ein »Förder-Abo« gedeckt werden, um das wir unsere LeserInnen mit eigenem Einkommen bitten. Der Preis für dieses Förder-Abo beträgt DM 30,-, DM 50,- oder mehr. Der Mitgliedsbeitrag im Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten beträgt zur Zeit DM 70,- pro Jahr; darin enthalten ist das Abo für »CuS« sowie der Mitglieder-Rundbrief. Beträge über DM 20,- sind steuerlich absetzbar.

Kopieren oder ausschneiden und einsenden an: BRSD, Pf. 25 21, 72015 Tübingen

☐ Ich möchte Mitglied werden im BRSD (Bezug von »CuS« inclusive!)

☐ Hiermit abonniere ich »CuS« ab Heft Nr.:

☐ zum Bezugspreis von DM 20,- (Ausland DM 25,-) im Jahr,

☐ zum Förderpreis von DM im Jahr.

Hiermit bestelle ich ein Geschenk-Abo von »CuS« ab Heft Nr.: bis

Heft Nr.: /bis auf Widerruf für

Name
und
Anschrift:

☐ zum Bezugspreis von DM 20,- (Ausland DM 25,-) im Jahr,

☐ zum Förderpreis von DM im Jahr

BestellerIn:

Datum: Unterschrift:

schen, physikalischen und mathematischen Deduktion kommen, die bei ganz kühlem Kopf und mit dem Beistand großer wissenschaftlicher Geister in der Schule gemacht wurde, in die man heute geht, um die heutige – die wissenschaftliche – Form der Güte zu lernen. Wie wir heute wissen, besteht der wissenschaftliche Charakter des Marxismus darin, eine Analyse der Tiefenstruktur des Kapitalismus zu machen, die sich an die wissenschaftliche Methode hält und die die Grundlage für den Beweis der zeitlichen, also nicht notwendigerweise ewigen, Existenz des Kapitalismus vermittelt. Der Marxismus aber kann nicht beweisen, daß die emotionale Lage, die allein dazu führt, zum Wissenschaftlichen zu greifen, sich bei jeder/m einstellen muß,

und auch nicht, daß man gütig und wohlwollend werden muß, wenn man die wissenschaftliche Methode anwendet.

Zwei Hauptströmungen der Bewegung

Zitat 2.

„(...) Dabei gibt es heute zwei Hauptströmungen der Bewegung. Da sind diejenigen (eher studentisch-intellektuellen), die sich auch theoretisch mit dem Verhältnis zwischen Erster und Dritter Welt beschäftigen, die Abhängigkeitsstrukturen diskutieren und die auch direkt politische Schlußfolgerungen für Veränderungen im eigenen Land ziehen. Weitaus größer ist allerdings die Zahl

der Gruppen in der Bewegung, deren Motivation für die Solidaritätsarbeit zunächst eher aus moralischer Empörung über die „Mißstände in der Dritten Welt“, über „Hunger, Elend und Ausbeutung“ entsteht. Eine solche Ausgangsmotivation ist vor allem in christlichen Gruppen weit verbreitet. Sie führt dazu, eher mit Spenden und Projekthilfen direkt lindernd einzugreifen, als sich theoretisch mit Abhängigkeitsstrukturen auseinanderzusetzen. Oft genug allerdings führt auch eine christlich-humanitäre Ausgangsmotivation für die Dritte-Welt-Arbeit zur Politisierung und zu Schlußfolgerungen für die Umgestaltung der eigenen Gesellschaft (...)“ S.503-504

In diesem zitierten Absatz finden wir die Mehrheit der Elemente, aus denen das Buch besteht. Merkwürdig an dem Absatz ist aber die Art, jede der „zwei Hauptströmungen der Bewegung“ aus einem anderen Blickwinkel zu betrachten, und doch den Anspruch zu haben, die zwei Betrachtungen als eine einheitliche Analyse zu präsentieren:

Über die „eher studentisch-intellektuellen“ bekommen wir mitgeteilt, womit sie sich auch (?) beschäftigen (Verhältnis zwischen Erster und Dritter Welt, Abhängigkeitsstrukturen), und was sie erzielen (politische Schlußfolgerungen für Veränderungen im eigenen Land) (!). Bezüglich der anderen Hauptströmung erfahren wir etwas über ihre Motivation (moralische Empörung) und die Art ihrer Aktivitäten (direkt lindernd eingreifen)! Danach kommt der Satz: „Oft genug allerdings...(etc.)“, mit dem wir erfahren, daß auch (?) eine christlich-humanitäre Ausgangsmotivation zur Politisierung und Schlußfolgerungen für die Umgestaltung der eigenen Gesellschaft führt. Nach der Lektüre dieses Absatzes, der einer der wichtigsten der ganzen Arbeit ist, muß man sich fragen:

Ist die andere Ausgangsmotivation, die nicht bloß in moralischer Empörung besteht, so selbstverständlich, daß sie kein einziges Mal im ganzen Buch ausdrücklich vorgestellt und nicht mal genannt wird? Oder gibt es doch nicht eine sogenannte weltanschauliche Ausgangsmotivation, und selbst die utopischen und wissenschaftlichen SozialistInnen gingen schon immer von moralischer Empörung gegen „Fortschritt als die ewige Wiederkehr der Katastrophe“ (Benjamin) aus?

An diesem Absatz kann man auch dies feststellen: Insgesamt wissen die Autoren viel mehr über das Wesen der christlichen Gruppen, als über das der „eher studentisch-intellektuellen“ – obwohl sie sich höchstwahrscheinlich eher diesen zweiten zugehörig fühl(t)en. Ja, ohne es zu wollen, zeigt uns das Buch, daß, wenn irgendwo in der Dritte-Welt-Bewegung ein klein wenig Transparenz ist, dann nur bei den Gruppen, bei denen „eine solche Ausgangsmotivation“ (moralische Empörung) „weit verbreitet ist“.

Vom Modecharakter des Engagements und „eigenen“ Projekten

Dies alles ist wichtig, weil Balsen und Rüssel uns deutlich dargelegt haben, wie die Konjunkturanfälligkeit das wichtigste Merkmal der bundesdeutschen Dritte-Welt-Bewegung bis 1986 gewesen ist, und – meines Erachtens – bis heute bleibt. Dieser Mode-Charakter, den das Engagement für ein bestimmtes Land sehr oft annimmt, hängt, meiner Meinung nach, mit der Art und dem Bewußtseitsgrad der inneren Begründung der eigenen Impulse zusammen.

Von dem vielfältigen Material, das uns dieses Buch zu den Problemen der internationalen Solidarität und für eine selbstkritische Reflexion über sie anbietet, seien hier noch zwei nicht zu übersehende Behauptungen zur Problematik der „Begründung“ zitiert. Der am Thema interessierte Mensch

Der Preis des Abos ist am Anfang des Kalenderjahres auf unser Konto beim Postgiroamt Dortmund Nr. 189 389-464 (BLZ 440 100 46) zu überweisen. Leichter geht es für beide Teile, wenn Sie uns eine Abbuchungserlaubnis erteilen (auch »Alt-AbonnentInnen«).

KontoinhaberIn:

Anschrift:

Hiermit ermächtige ich den Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V. widerruflich

- ☐ eine einmalige Spende in Höhe von DM ,
- ☐ die Abo-Gebühr für »CuS« von DM 20,- (Ausland DM 25,-) im Jahr,
- ☐ die Gebühr für ein Förder-Abo in Höhe von DM im Jahr von meinem Konto bei der (Kreditinstitut) ☐
- BLZ Konto-Nr. einzuziehen.

Datum: Unterschrift:

Die Abbuchungsermächtigung bezieht sich auf ein ☐ Neu-Abo ☐ Alt-Abo

möge das Zitat 3 im Hinblick auf Konjunkturnanfälligkeit untersuchen („unpolitisch aber permanent“) und mit dem „Oft genug allerdings“-Satz des zweiten Zitats zusammendenken (!) und beim dritten Zitat auf den Charakter der Motivation zur Solidarität achten (Intellektuellen-Verstand-Herz-Gewissen):

Zitat 3.

„(...)Der ausschließliche Bezug auf die jeweils „eigenen“ Projekte in der Dritten Welt ist eher in kirchlichen Solidaritätsgruppen festzustellen. Dabei werden oft übergreifende politische Strukturen außer acht gelassen. Die Solidarität wird damit unpolitisch und auf die provinzielle Scheuklappenbreite der jeweiligen Dritte-Welt-Gruppe zugeschnitten. Sie dient damit auch weniger dem eigentlichen Objekt der Solidarität als der Durchsetzung der jeweiligen Gruppeninteressen und damit der Selbstbestätigung ihrer Mitglieder hier bei uns.“ (S.536)

Zitat 4.

„(...) So ist denn der Internationalismus in der Bundesrepublik – im Unterschied zu Ländern wie etwa Italien, England oder Schweden – eine Angelegenheit, die weitgehend auf die linken Intellektuellen beschränkt bleibt. Er appelliert vor allem an den Verstand und dann auch noch an das Herz derer, die Solidarität üben sollen. Da die Intellektuellen eher ein schlechtes Gewissen haben, als daß sie sich offen zu ihren materiellen Interessen bekennen, fällt es ihnen auch sehr schwer, internationale Solidarität so zu formulieren, daß an die unmittelbaren Interessen der Arbeiter angeknüpft werden kann. (...)“

Urs Müller-Plantenberg, „Fragen an unseren Internationalismus“, 1978. Von den

Autoren als Dokument 24 im Buch einbezogen. S. 360.¹

III.

Überwindung von Resignation und Überheblichkeit

Abschließend eine sehr interessante These, die, meiner Meinung nach, die ganze Problematik der internationalen Solidarität der in der BRD geborenen Menschen auf den Punkt bringt, und das in einer Deutlichkeit, die zu übertreffen ich nicht versuchen würde:

Zitat 5.

„Meine These ist, daß die Befreiungsbewegungen anderer Länder keinen Ersatz darstellen können für eine gemeinsame, alle sozialen Bewegungen im eigenen Lande übergreifende Identität. Eine nationale Identität bzw. ein konstruktiver, nicht resignativer Bezug zur eigenen Geschichte und zur eigenen Realität würde viele Mängel der Dritte-Welt-Bewegung in der BRD beseitigen. Der Blick für die dortigen Verhältnisse könnte von verzerrenden Projektionen und Illusionen befreit werden. Durch die stärkere Verankerung in der eigenen Realität könnten zudem die Techniken zur Vermittlung der Dritte-Welt-Problematik an eine breitere Öffentlichkeit verbessert werden. Die Formen und Inhalte der Solidarität würden sich anders entwickeln, nötigenfalls kritischer, dafür aber möglicherweise kontinuierlicher. Nur kritische Distanz und die genaue und illusionsfreie Kenntnis der Befreiungsprozesse in anderen Ländern kann heute Enttäuschungen, die schroffe Abwendung und moralische Abkopplung von der Dritten Welt verhindern und somit langfristig die Kontinuität der Solidaritätsbewegung garantieren. Die Überwindung von Resignation und moralisch politischer Überheblichkeit gegenüber der eigenen

Bevölkerung sowie die positive Artikulation einer nationalen Identität scheinen mir Voraussetzungen für eine effektive internationale Solidarität zu sein“.

S.570. Dokument 49: Leopoldo Marmora, „Für eine nationale Identität“, 1985.

Mauricio Isaza-Camacho

1) Problematisch ist hier, daß das dritte Zitat eine Behauptung ist, die von Basel und Rössel stammt, während das vierte aus einem Dokument kommt, das in das Buch vermutlich deswegen einbezogen wird, weil man es für wertvoll erachtet, ohne aber Stellung dazu zu beziehen. Ohne auf die Sache einer Autorschaft, die Dokumente fremder Hand einschließt, einzugehen, zitiere ich die Absätze nacheinander, als Zeichen für die Vielseitigkeit der Problematik und der Diskussion und als Kostprobe der Vielfalt der im Buch enthaltenen Informationen.

Hoffnungszeichen und Eco-Justice

Interview mit Dorothee Sölle

Fünfsinn: Wie schätzt Du die Friedensbewegung in Deutschland ein? Gibt es sie noch?

Sölle: Die Friedensbewegung hat natürlich sehr verloren im Zusammenhang mit dem Jugoslawien-Konflikt. Das liegt zum Teil wirklich an den Medien, die immer wieder gesagt haben, Ihr macht ja nichts, obgleich wir wirklich sehr viel gemacht haben. Ich denke vor allem an das Komitee für Grundrechte. Es wurden nicht nur Hilfsgüter dahin geschafft, sondern wir haben uns auch sehr viel Mühe gegeben, Friedensgruppen von dort in die Öffentlichkeit zu bringen. Aber es ist eben doch schicker, zerfetzte Kinder zu fotografieren als demonstrierende Frauen. Da siehst Du ja nicht viel; obwohl das an wirklich lebensbestimmender Realität mindestens so viel Sinn hat. Das ist die Barbarisierung, die durch das Medium in unsere Köpfe kommt. Deshalb habe ich vor allem Sorge und frage mich, wie und ob wir noch einmal zu so einer Friedensbewegung kommen werden.

Andererseits halte ich es für völligen Unsinn zu sagen, die Friedensbewegung ist vorbei, es ist alles aus.

Ich meine auch, daß Herr Kohl in den Golfkrieg keine Soldaten geschickt hat, sondern nur Millionen Geld, ist der Friedensbewegung zu verdanken; das wissen wir ganz genau. Es gibt Probleme, wenn er so etwas macht. Und in diesem Sinne, meine ich, ist die Sache nicht verloren, nur sehr viel weniger glanzvoll, als sie mal war. Aber als Christin bin ich das nun seit 2.000 Jahren gewöhnt.

Fünfsinn: Du willst damit sagen, daß es die Friedensbewegung als große Bewegung nicht mehr gibt, aber daß es viele kleine Gruppen sind, die an den Themen arbeiten, auch wenn sie nicht so medienträftig sind.

Sölle: Ja. Und auch nicht so populär; zum Beispiel die Gruppen, die im Rüstungsexport arbeiten. Es gibt hervorragende Gruppen, die sachkundig, klug, detailliert, sehr präzise sagen: Was passiert hier ei-

gentlich? Wieso rüsten wir die Türkei auf? Damit sie die Kurden umbringt? Und wieso wird dann den Kurden verboten, bei uns zu demonstrieren? Wieso rüsten wir Afrika, den ganzen Kontinent, in der grauenvollsten Weise auf?

Es ist wirklich so unglaublich, wie der Technologie-Militarismus eine Katastrophe nach der anderen produzieren kann.

Fünfsinn: Ich komme zu einem anderen Punkt. In einer öffentlichen Veranstaltung hast Du vor kurzem gesagt, daß Du die Schwäche der Linken in Deutschland im Zusammenhang mit einem Mangel an Spiritualität siehst.

Sölle: Also, ich habe gesagt, Mangel an Spiritualität heißt auch Mangel an Hoffnung, die über gegebene, analysierbare Zustände hinausgeht, und auch gegen die Hoffnung hofft, wie Paulus das einmal ausdrückt. Im Christentum ist also einmal am Punkt der Hoffnung mehr drin. Hoffnung beruht ja nicht nur auf Analyse, sondern sie beruht darauf, daß Gott uns allen eine gute Schöpfung gemacht hat und ein gutes Ende versprochen hat. Zwar ist es völlig mythologisch für Marx und Genossen, sie glauben das nicht. Es gibt aber Kraft, und das sehen sie auch.

Ich empfinde übrigens die Wahrheit meiner Beobachtungen und meines Grundgefühls sehr deutlich in der Tatsache, daß viele der ehrlichen Restlinken sich heute stärker an die Christen wenden. Sie haben ein Interesse, mit ChristInnen zusammenzuarbeiten, weil sie merken, daß ihre und die christliche Tradition beim Thema Kritik an der Selbstbereicherung der Millionäre, die wir zur Zeit haben, also dem Klassenkampf von oben, gut zusammengehen.

Fünfsinn: Ich glaube, es läßt sich allgemein sagen, daß in unserer Gesellschaft eine Sehnsucht nach Spirituellem ist, also eben nicht nur nach Wissenschaft oder nach Erklärungen. Mir fällt diese riesige Love-Parade in Berlin ein. 750.000 Men-

schen kamen da zusammen. Siehst Du das auch im Zusammenhang mit dieser Sehnsucht?

Sölle: Das ist sicher zuerst einmal ein Bedürfnis nach Erlebnis, raus aus dem Alltag, „fun“. Mit Spiritualität hat das weniger zu tun. Aber daß da ein Manko in dieser Gesellschaft ist, das glaube ich sicher. Ein Manko an Mystik. In Berlin geht es eher um so eine hoppla-hopp-Ekstase, die dann schnell wieder weg ist. Hinterher kommt nur noch der Kater. Die Ekstase Gottes geht denn auch noch etwas weiter. Und in diesem Sinne würde ich sagen, ja sicher sind das Phänomene, die in diese Richtung deuten, in eine postmaterialistische Such-Tour, daß eben noch mehr Geld, noch mehr Waren, noch mehr Auswahl, noch mehr Optionen, nicht alles ist. Diese Suche ist auch ein Hoffnungselement.

Fünfsinn: Was sind für Dich die wichtigsten Themen einer Theologie der Befreiung für Europa?

Sölle: Also ich bette die eigentlich ein in die ökumenische Theologie der Befreiung mit den drei Schwerpunkten: Gerechtigkeit, Frieden und der Bewahrung der Schöpfung. Ich denke, daß die Art, wie wir Arbeit in Europa verteilen, ungerecht ist. Die Prägung der Menschen durch Maschinen, die nicht besteuert werden, die Zerstörung von Arbeitsplätzen, die naturfeindliche Organisation unserer Arbeit ist eines der wichtigsten Themen.

Mir fällt gerade in dem Zusammenhang mit Spiritualität folgendes ein:

Ich finde nicht diese 700 000, sondern vielleicht 70 Menschen sehr interessant, die mit einer Gruppe aufs Land ziehen und eben so eine Art Kibbuz-ähnliches Experiment durchführen, wo sie ökologisch leben wollen. Ich empfinde es als etwas Wichtiges, was da an Hoffnungszeichen geschieht.

Das Zweite ist die Friedenspolitik. Nach biblischer Auffassung sind die Grundlagen

des Friedens eben nicht die Bewaffnung, also nicht die römische Grundlage: Wenn du den Frieden willst, bereite den Krieg vor. Das ist der Grundsatz, der unsere Politik nach wie vor beherrscht, obwohl er ja millionenfach widerlegt ist durch die vielen Toten, die er bringt. Man muß wirklich mit der Bibel sagen: Gerechtigkeit und Frieden küssen einander, und das heißt, die eigentliche Grundlage einer Entschärfung von Konflikten ist eine größere ökonomische Gerechtigkeit.

Das Dritte, die Bewahrung der Schöpfung, ist vielleicht sogar der stärkste Punkt. Als Befreiungstheologie für Europa erhoffe ich mir eine Theologie, die begreift, was Gott heute von uns will. Es ist Dir gesagt, Mensch, was gut ist, was Gott von Dir erwartet, und das ist: Fische und Bäume am Leben zu erhalten und daran praktisch zu arbeiten.

Was mich im Augenblick am meisten erzürnt, ist die Beobachtung, daß es heute eine Fülle von hervorragenden Vorschlägen im einzelnen und im Detail gibt und daß fast nichts davon durchgeführt wird, also weder von der Politik noch von der Großindustrie. Das ist diese Art von Fahrlässigkeit, Leichtsinn und Genußsucht. Wir leben in einem Gefängnis, aus dem wir Befreiung brauchen. Der Schwerpunkt liegt bei uns auf der ökologischen Frage. Das ist, glaube ich, das Erste, wozu man auch Menschen gewinnen kann. Also, wenn alle Atmungsorgane erkranken bei kleinen Kindern, jungen Frauen, alten Leuten, dann merken es allmählich auch die Herrschenden.

Fünfsinn: Und zu dem letzten gehört auch das Stichwort „eco-justice“?

Sölle: Eco-justice ist ja eine schöne Verbindung von Wirtschaftsgerechtigkeit, die zugleich ökologisch ist und nicht den Entwicklungsländern unser Modell aufzwingt, was ja zur Zeit der Fall ist. Man kriert da reiche Eliten, die sich kaum mehr unterscheiden von unseren Eliten. Es ist wirklich

eine Weltgesellschaft. Es gibt überall dieselben phantastischen Einkaufszentren mit demselben Überfluß, denselben Überflüssigkeiten, derselben Ästhetik. Und Ästhetik ist eine Macht. Das ist schon ein Stück Zerstörung, auch des Gefühls der Liebe zur Schöpfung. Ich finde es eine der wichtigsten Aufgaben für Lehrerinnen, Lehrer und Eltern, Kinder zu einer Liebe zur Schöpfung zu erziehen.

Fünfsinn: Die vielen kleinen Schritte, die Menschen tun, wie weniger Auto fahren, Produkte im Dritte-Welt-Laden kaufen, mit einer Gruppe aufs Land ziehen, sind das für Dich konkrete Umsetzungen einer Befreiungstheologie bei uns?

Sölle: Ja, da passiert doch tatsächlich an sehr sehr vielen Stellen etwas, auch innerhalb der Kirchen. Es gibt ja immer wieder Gemeinden, die eine jahrelange geduldige langsame Aufklärungsarbeit geleistet haben, so daß ganz viele Menschen, die vor 15 Jahren keine Ahnung von Tuten und Blasen hatten, jetzt genau wissen, warum sie den anderen Kaffee kaufen. Und das ist sehr schön; das wird oft übersehen in dieser etwas antikirchlichen Stimmung, die bei uns herrscht.

Ein interessante Erfahrung war für mich der Shell-Boycott, der von dem Kirchentag voriges Jahr in Hamburg mitgetragen wurde. Shell wurde zur Veränderung seiner Politik gezwungen. Also an einem bestimmten Punkt ist da so ein Goliath in die Knie gegangen, als David mit seiner Schleuder kam. Vielleicht ist bei uns heute der Boycott das politische Mittel, was früher in der gewaltfreien Arbeiterbewegung der Streik war. Beim Konsumboykott müssen wir ansetzen, weil wir hier mehr verbrauchen als produzieren.

Fünfsinn: Ich habe vor kurzem das Buch: Gaia und Gott von Rosemary Radford Ruether gelesen, in dem es um eine neue Verbundenheit mit der Natur geht. Am Ende des Buches beruft sie sich auf

neueste physikalische Erkenntnisse, die besagen, daß es keine Materie im eigentlichen mehr gibt, sondern alles ein Energietanz ist. Alles Leben besteht aus ähnlichen Grundsubstanzen. Wir Menschen sind jedoch die einzigen Lebewesen, die ein Bewußtsein haben und das Leben reflektieren können. Zum Kreislauf des Lebens gehört auch das Sterben, das Übergehen in eine andere Energieform. Daran knüpft Frau Ruether die Aussage, daß es ein Ich-Bewußtsein nach dem Tod nicht mehr geben würde. Diese Behauptung hat mich persönlich getroffen, weil mir der Gedanke von einem Leben nach dem Tode, in dem endlich Gerechtigkeit für alle herrscht, wichtig war. Was sagst Du dazu?

Sölle: Rosemary Radford Ruether nimmt einiges von neueren Kritiken an der christlich-jüdischen Tradition auf. Vor allem die Kritik an dem grundlegenden Dualismus dieser Tradition, also der Trennung in Geist und Materie, Gott und Mensch, Schöpfer – Geschöpf, Geist und Fleisch. Es gibt hunderte von solchen Dualismen, in denen diese Tradition sich geäußert hat und zu denen auch Leben und Tod gehört, wobei Tod dann ganz negativ ist. Ich kritisiere auch die Vorstellung vom ewigen Leben im Sinne von Unsterblichkeit des Ego. Ein Teil unserer ökologischen Katastrophe hängt mit unserer Vorstellung zusammen, wir seien als einzelne Individuen unsterblich. Und das halten wir für den Kernpunkt der Religion!

Als junge Religionslehrerin habe ich einmal gesagt: „Das Jenseits ist hier.“ Ich mache nicht die Unsterblichkeit der Seele zur Hoffnung, sondern glaube an das Ewige Leben im Jetzt. Das fand ich einen viel besseren Gedanken. Aber einige meiner Schulkinder waren davon überhaupt nicht überzeugt und sagten: „Ja, dann ist doch das ganze Christentum nichts.“

Das hat mich geradezu erschüttert, daß sie nicht an die Liebe glauben, an die Ge-

rechtigkeit oder wie immer man Gott nennen will, sondern an das Ewige des Ego.

Wenn ich zum Beispiel das Glaubensbekenntnis spreche und sage: „Ich glaube an das Ewige Leben“, denke ich an das aus dem Buddhismus stammende alte Bild: Das Meer des Lebens, das Meer der Liebe wird weiter sein, und ich kleiner Tropfen bin darin geborgen, ich lebe darin, und das ist das Ewige Leben, auch wenn ich als diese Individualität mit diesen Eigenschaften und diesen Komplexen nicht mehr da bin.

Für mich ist die Schöpfung ganz stark von einem Rhythmus bestimmt, der zerstört ist. Tag ist nicht mehr Tag, Nacht ist nicht mehr Nacht. Es ist immer Tag durch das elektrische Licht. Wenn Räume keine Rolle mehr spielen, es egal ist, ob es Wüste oder fruchtbares Land ist, wenn Jugend und Alter nicht mehr da sind, sondern verschoben werden in eine ewige Jugend, dann zerstören wir dieses Kommen und Gehen, dieses Dasein und Fernsein.

Wir brauchen ein anderes Verhältnis zur Natur, ein spirituell anderes. Das meine ich also mit der Aufgabe der Hoffnung auf die Unsterblichkeit des Ego.

Es ist ja eine Frage, wieweit wir z.B. indianische Spiritualität aufnehmen können, die viel stärker in diesem Rhythmus und diesen Gezeiten des Lebens steht und sich nicht als Herren über Raum und Zeit gebärdet hat. Also, daß Gott sechs Tage geschaffen hat und einen zur Ruhe ist ja ein Gedanke, der dem Industriepatriarchat fernliegt.

In den Rhythmus einzuwilligen, das Gehen und Kommen zusammenzudenken und nicht immer nur kommen wollen, das ist eine andere Vorstellung als die der herkömmlichen Erlösungstheorie.

Fünfsinn: Aber eine Seite dieser Jenseits-Hoffnung ist doch auch, daß Menschen, die hier kein erfülltes Leben haben, sich mit einem besseren und gerechten Leben nach dem Tod trösten.

Sölle: Das ist sicher einer der stärksten Züge in unserer Tradition. Aber es ist eine Frage, welche Spiritualität daraus folgt.

Ich bin mit dieser Frage nicht fertig, weil eines der schönsten Argumente tatsächlich ist, daß Gott Gedächtnis ist und jeden Menschen in das Buch des Lebens eingeschrieben hat; der Name soll nicht vergessen werden und bleibt in Gottes Namen. Aber ich sehe einfach auch die Gefahr dieses Denkens. Und zwar in einer Welt, in der dieser Name gar nicht mehr in eine Gemeinschaft eingebettet ist, sondern nur noch als Ego verstanden wird.

Fünfsinn: Ruether spricht von dem Göttlichen, der göttlichen Matrix, die in jedem Menschen, allen Lebewesen, eben auch in der Natur ist. Damit verbindet sie den Gedanken, daß Gott nicht außerhalb von uns ist. Gott ist nicht irgendeine Kraft, die alles in den Händen hält, sondern wir sind Teil dieser Kraft. Kann man dann trotzdem noch Psalm 139 beten: „Von allen Seiten umgibst Du mich und hältst Deine Hand über mir“? Da wird das Göttliche als etwas beschrieben, das außerhalb meiner selbst ist.

Sölle: Ja, außerhalb meiner Individualität, also das größer ist als mein Kummer oder meine Verzweiflung. Ich glaube nicht, daß das im Gegensatz steht zu dem, was Ruether meint. Es ist eigentlich eine mystische Grundvorstellung, daß Gott alles ist und zugleich mehr als alles.

Gott ist nicht begrenzt. Gott ist tatsächlich in allem und ist zugleich größer und anders als wir. Mir geht es darum, die im Judentum gedachte Andersheit Gottes zu erhalten, und zwar über das individuelle Unglück hinaus. „Also, bettete ich mich in der Hölle, so wärest Du auch da.“ (Psalm 139,8). Und da ist mehr als das, was ich jetzt nicht nur gedanklich, sondern auch emotional erfasse oder erlebe. Da ist etwas über mir, mir ist etwas versprochen von Gott.

Dieser jüdisch-christliche Gott ist einerseits unsichtbar, also man kann ihn nicht knipsen, eine der wichtigsten Eigenschaften, die man haben muß, und er spricht, er hat eine Stimme und ist hörbar. Du kannst ihn reden hören.

Wie Jesus zu seinen JüngerInnen sagte: „Geht ihr hin und treibt die Dämonen aus, speist die Hungrigen, heilt die Kranken.“ Das ist ein Satz, den man mir nicht mitgeteilt hat, obwohl ich eigentlich intensiv Theologie studiert habe. Er paßt nicht in das herrschende Schema, daß wir alle Sünder sind und Gott allmächtig und doll. Deswegen blieb er unterbelichtet, während er befreiungstheologisch gesprochen genau richtig ist. Wir haben Anteil an der Kraft Gottes, die die renovatio terrae, also die Erneuerung der Erde möglich erscheinen läßt. Es ist möglich, diese Erde nicht zugrunde zu richten, sondern sie zu erneuern. Das ist für mich eine Quelle von wirklicher Hoffnung aus dem Verbundensein heraus mit dem, was der Grund allen Lebens ist.

Ich finde es sehr schön, daß man möglicherweise diesen Grundgegensatz von Geist und Materie dabei überwinden kann, und zwar nicht im Sinne eines vollkommen geistlosen Materialismus, wie es ja heute überall geschieht, sondern wirklich im Sinne einer tieferen Einheit oder Zusammengehörigkeit von beiden.

Fünfsinn: Liebe Dorothee, vielen Dank für das Gespräch.

Das Interview führte Bärbel Fünfsinn, Theologische Referentin im Nordelbischen Zentrum für Weltmission und Kirchlichen Weltdienst, im Juli 1996.

Linksunten in Kirche und Umgebung

In dieser Serie kommen Basisgruppen zu Wort, die sich auf der Grundlage eines christlichen und politisch linken Selbstverständnisses in die gesellschaftlichen Verhältnisse einmischen. Sie stellen sich an dieser Stelle vor, entweder durch die Beantwortung eines von uns entworfenen Fragebogens (den wir Interessierten gerne zuschicken) oder durch eine frei verfaßte Selbstdarstellung. Wir hoffen, auf diese Weise den Informationsfluß zwischen jenen zu fördern, deren Selbstverständnis und Motivation vermutlich sehr ähnlich, deren Kenntnis voneinander aber sehr gering ist. Kenntnis voneinander aber ist die Grundlage für Austausch, Kooperation und Inspiration. Diese sind wünschenswert in einer Zeit, da linkes Engagement viel Widerspruch erfährt und entsprechend viel Kraft, klarer Gesinnung, Ausdauer und Solidarität bedarf.

In dieser Ausgabe stellt sich die „Solidarische Kirche in Nordelbien“ vor, eine politische Arbeitsgemeinschaft im Bereich der nordelbischen evangelischen Landeskirche, die in diesem Sommer in Hamburg ihr zehnjähriges Bestehen feiern kann. Den Beitrag verfaßte Imke Dreessen.

Die Solidarische Kirche in Nordelbien wird 10 Jahre alt!

Aus diesem Anlaß wollen wir uns Zeit für einen Rückblick nehmen und uns einem größeren Kreis von Menschen vorstellen.

1985, ein Jahr vor der Gründung der Solidarischen Kirche in Nordelbien, gab es eine Kundgebung der Nordelbischen Kirche zum Thema „Was gilt in der Kirche?“. Die abschließende Erklärung dazu kam ohne Beratungsprozeß mit der Kirchenbasis zustande und richtete sich in ihrem Bemühen in erster Linie am Mitglieder- und Finanzbestand der Kirche aus und dokumentierte möglichst große Nähe zum Staat.

Dagegen formierte sich eine Gruppierung von Pastoren und Laien in der Kirche die (laut Gründungsurkunde):

– „in Verkündigung, Unterricht, Seelsorge und Gruppenarbeit die befreiende Bot-

schaft des Evangeliums zugleich als persönliche wie gesellschaftliche Befreiung deutlich zu machen versuchen“

- „die sich konkret mit Fragen der Militärpolitik, der Aufrüstung, ihrer Voraussetzungen und Folgen auseinandersetzen und sich allen Kriegsvorbereitungsmaßnahmen zu widersetzen begonnen haben“
- „sich in Dritte-Welt-Gruppen einer weiteren Ausbeutung der wirtschaftlich armen Länder widersetzen wollen“
- „sich gegen Gefährdung und Zerstörung der Schöpfung u.a. in großtechnischen Anlagen, insbesondere der Atomenergienutzung, seit Brokdorf 1986 engagieren“
- „sich als Frauen in feministischen Werkstätten treffen und selbstbewußt mit neuen Glaubenserfahrungen lebendige Kirche suchen und sein wollen“

- „sich in ihrem Engagement für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung durch Konflikte mit Wirtschaft, Staat und verfaßter Kirche nicht haben einschüchtern lassen und sich auch in Zukunft nicht einschüchtern lassen wollen“

Mit diesen vielfältigen Vorgaben hat die Solidarische Kirche über die Jahre verschiedene Aktivitäten entwickelt.

Ein wichtiger Schwerpunkt war, vier Jahre lang an jedem sechsten des Monats (Hiroshima-Tag) die Einfahrten zum Atomkraftwerk Brokdorf zu blockieren. Dies wurde gemeinsam mit anderen Gruppen aus dem nichtkirchlichen Umfeld getragen. Daraus entwickelten sich Aktionen bei der HEW in Hamburg und Gespräche mit der Preußen-Elektra über den geforderten sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie.

Gemeinsam mit anderen Gruppen wurden Veranstaltungen zum Thema „Kirche im Kapitalismus“ durchgeführt.

Es gab Mahnwachen vor der Dresdner Bank gegen deren Unterstützung für Südafrika.

Immer wurden diese Aktionen von theoretischer Auseinandersetzung begleitet und zwar regelmäßig bei den monatlichen Vollversammlungen aller Mitglieder (zeitweise über hundert an der Zahl).

Da das Thema „Frieden und Abrüstung“ eine große Kontinuität in der Solidarischen Kirche hat, beteiligte sie sich an den großen Demonstrationen und Aktionen in Hamburg gegen die NATO-Nachrüstungsbeschlüsse. Ein wesentliches Thema ist (immer noch) die Militärseelsorge, deren Organisationsform als Strang des Verteidigungsministeriums strikt abgelehnt wird.

Auch dieser Kampf ist noch nicht gewonnen.

Es lassen sich gar nicht alle Themen erfassen, deshalb hier eine kurze, ergänzende Auswahl:

- Die Solidarische Kirche setzte sich ein für
- Sinti und Roma anlässlich ihrer Verfolgung in Hamburg
- Flüchtlinge und Emigranten (z.B. bei der Besetzung der Schalom-Kirche in Norderstedt). Zur Zeit ist ein Schwerpunkt die Mitarbeit im Flüchtlingsrat Hamburg.
- die Bewohner und Bewohnerinnen der besetzten Häuser in der Hafenstraße
- die Freiheit der politischen Gefangenen in den Justizvollzugsanstalten der Bundesrepublik

Wir haben an den Ökumenischen Pfingsttreffen teilgenommen, Aktivitäten anlässlich der Synodentagungen in Nordelbien durchgeführt (beispielsweise zum The-

ANZEIGE

Gesprächskreis Kirche und SPD



in Schleswig-Holstein

Dialoge

Herausgeber:

SPD-Landesverband
Schleswig-Holstein

Kleiner Kuhweg 28-30, 24103 Kiel

Erscheinungsweise unregelmäßig
Abgabe kostenlos auf Anforderung
oder durch
Aufnahme in den Verteiler

ma Weltwirtschaft und Gerechtigkeit) und versucht, den konziliaren Prozeß für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung kritisch zu begleiten.

Zeitweise gab es viele Untergruppen in der Solidarischen Kirche, deren Arbeit jedoch zum Erliegen gekommen ist, da die Zahl der aktiven Mitglieder sehr geschrumpft ist.

Auch die 14-tägigen Andachten in einer Kirche der Innenstadt sowie politische Abendgebete finden zur Zeit nicht mehr statt.

Viele von uns arbeiten vor Ort in den Gemeinden und kirchlichen Gremien mit bzw. haben sich Arbeitskreisen zu ihrem jeweiligen Schwerpunktthema angeschlossen.

Oft bleibt uns „nur“ die Möglichkeit zu gemeinsamem schriftlichen Protest sowie kleineren Aktionen oder der Beteiligung an Aktivitäten anderer Gruppen (wie z.B. die

sogenannten Sonntagsspaziergänge zum Abschiebeknast in Glasmoor bei Hamburg, um dort unsere Solidarität mit den inhaftierten Flüchtlingen zu zeigen).

Die Vielfalt der Themen der solidarischen Kirche ist trotz sinkender Teilnehmer- und Teilnehmerinnenzahlen geblieben, und somit kämpfen wir auf jeder Versammlung (nach wie vor einmal im Monat) mit einer Fülle von Informationen, die auf die eine oder andere Weise unsere Teilnahme und unser Engagement herausfordern.

Bei unseren Treffen findet regelmäßig eine geistliche Einstimmung statt, um uns der Freiheit und Zuversicht unseres Glaubens zu versichern, der uns die Kraft zum Widerstand gibt.

In diesem Jahr werden wir zehn Jahre alt, und wir machen weiter!

Imke Dreessen

Dokumentation

Politischer Gesprächskreis in Hamburg

i.A. Heike Bethe, Akazienweg 15, 25474 Ellerbek

Offener Brief an die Kirchenleitung und die Gremien der Nordelbischen Kirche

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir sind ein politischer Gesprächskreis, der sich vor sechs Jahren in Hamburg konstituierte. Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind als Christinnen und Christen Mitglieder der evangelischen Kirchen; zum größeren Teil der Nordelbischen Landeskirche, zum kleineren Teil der Evangelisch Freikirchlichen Gemeinden. Darüberhinaus sind wir in verschiedenen kirchennahen Or-

ganisationen engagiert. Dazu gehören die Brüder- und Schwesternschaft des Rauhen Hauses, die Solidarische Kirche, die ESG Hamburg sowie der Bund Religiöser Sozialistinnen und Sozialisten e.V. .

Da wir gegenwärtig große Schwierigkeiten haben, die Haltung unserer Kirche zu bestimmten aktuellen politischen Ereignissen genauer nachzuvollziehen und zu verstehen, wenden wir uns nun mit einem offenen Brief an Sie.

Wir erleben in diesem Land zur Zeit die politische Demontage des Sozialstaates, eine Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben und die politische Inkaufnahme stetig zunehmender Massenarbeitslosigkeit. Das bedeutet die Abwälzung einer vermeintlichen massiven ökonomischen Krise auf die Schwächsten der Gesellschaft. Die Auflösung der gesellschaftlichen Solidarität wird damit von politischer Seite systematisch betrieben.

Diese Entwicklung erfahren wir nicht nur zunehmend in unserer alltäglichen Arbeit im sozialen Bereich, sondern auch als abhängig Beschäftigte selbst.

Wir begrüßen, daß die Bischöfin, Frau Jepsen, bei der Kundgebung für 'Arbeit und Soziales' in Bonn als Vertreterin der Kirche gesprochen hat.

Darüberhinaus haben wir positiv bemerkt, daß die Wohlfahrtsverbände der beiden großen christlichen Kirchen eine Sozialstaatscharta im Rahmen des Sozialgipfels am 8. Mai gemeinsam mit dem DGB verabschiedet haben.

Ebenso sind uns kritische Äußerungen verschiedener Kirchenvertreter bekannt geworden, die zum Beispiel deutlich auch die Unternehmerseite zum Entgegenkommen auffordern (Engelhardt).

Wir fragen aber: reicht das ???

In einer Zeit

– in der die zehn Prozent Reichsten der Bundesrepublik Deutschland zusammen so viel Privatvermögen besitzen, daß es dem aktuellen Haushaltsloch der Bundesrepublik entspricht.

– in der die Verteilungskurve der Einkommensgruppen sich der eines Entwicklungslandes annähert, fraglos auf etwas höherem Niveau :

30% aller einkommensniedrigen Haushalte der BRD teilen sich

16% des nationalen Einkommens (in Chile verfügen die 40% ärmsten Haushalte über 12,6% der Einkommen).

– in der der BDI-Vorsitzende öffentlich kundtut, daß er zu sozialstaatlichen Kompromissen nicht mehr bereit sei und sich zeigt, daß die Unternehmerseite weiterhin ausgestreckte Hände" ausschlagen wird, in solch einer Zeit empfinden wir die Forderung nach Verzicht aller als zynisch, zumal durch die hohe Arbeitslosigkeit von 3,9 Millionen Menschen viele ohnehin schon mehr oder weniger dauerhaft auf Lohn verzichten. Unserer Meinung nach reichen keine zur Versöhnung mahnenden Worte mehr, die die Interessengegensätze harmonisieren.

Wir als Kirchen – Basis erwarten in dieser Situation klarere Worte von Ihrer Seite als Kirchenleitung, kirchliche Gremien und Amtsträger, indem Sie deutlich gegen jene Stellung beziehen, die ihre Macht in Politik und Wirtschaft dazu benutzen, erkämpfte soziale Rechte in Frage zu stellen !

Wir erwarten, daß Sie in diesem Konflikt mit Berufung auf unser christliches Bekenntnis (der Option für die Schwachen) Partei ergreifen, sich klar auf die Seite der Gewerkschaften stellen und am Aufbau von Gegenmacht beteiligen!

Die Kirche als Institution darf sich nicht auf ihre diakonischen Leistungen zurückziehen, sondern ist gefordert, im Kampf um die gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums laut und deutlich zu werden: gegen konservative Regierungspolitik und Wirtschaftsliberalismus, in Solidarität mit jenen in Gewerkschaften, Verbänden, Parteien und Kirchen, die sich dieser Politik entgegen stellen!

Wir hoffen, Ihnen unser Anliegen deutlich gemacht zu haben und freuen uns über eine konkrete Antwort!

Mit freundlichen Grüßen
i.A.

Unter dem Ansturm herrenloser Gewalten

Ein Gespräch mit MdB Dr. Willibald Jacob über PDS und christliche Identität,
Kirche und Gesellschaft im Jahre 5 der Vereinigung von DDR und BRD

Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten hat neben vielen Veränderungen auch die „Partei des demokratischen Sozialismus“ hervorgebracht, die auch mit Abgeordneten im Bundestag vertreten ist. Im Oktober jährt sich diese Vereinigung bekanntlich zum fünften Mal. Dies nahmen wir zum Anlaß, um ein Gespräch mit Dr. Willibald Jacob zu führen, der für die PDS als Abgeordneter im Bundestag sitzt. Er ist Berliner, Jahrgang 1932, evangelischer Theologe, Industriekaufmann und Bauingenieur von Beruf, arbeitete u.a. in der Gossner Mission, im VEB Straßenwesen in Cottbus und Berlin, als Gemeindepfarrer, als Hochschuldozent und lebte längere Zeit in Indien. Er war von 1970 bis 1990 Mitglied der CDU in der DDR, ist Mitglied der IG Medien, seit 1992 im Ruhestand und seit 1994 Mitglied des Deutschen Bundestages für die PDS. Das Gespräch führte Matthias Nauerth.

Frage: In der Diskussion der letzten Monate über eine Tagung an der evangelischen Sozialakademie in Friedewald, an der Sie beteiligt waren, ist deutlich geworden, wie schwer sich die sozialistische und liberale Linke mit Menschen tut, die ein religiöses Bekenntnis haben. Daher die erste Frage an Sie: Wie ergeht es Ihnen als Christ und Theologe im sozialistischen Milieu allgemein und in Ihrer Partei speziell, die doch eine lange atheistische Tradition hat?

Vor allem anderen: Ich bin nicht Mitglied der Partei des demokratischen Sozialismus. Dennoch ist die PDS „meine“ Partei. Die wesentlichen Punkte ihres Programms kann ich akzeptieren. Diese Partei halte ich für notwendig. Das sogenannte sozialistische Milieu fand ich nie beschwerlich, weder im DDR-Betrieb noch in Freundschaft und Verwandtschaft. Sollte ich einen Teil meiner Familie verleugnen?

Was den Atheismus angeht: Bei Karl Barth und Helmut Gollwitzer können wir lernen, wo die Wurzeln des europäischen Atheismus liegen. Wirksam ist er nicht nur in der PDS. Gleichzeitig gehören z.B. Wil-

helm Weitling und Christoph Blumhardt der Jüngere in die Geschichte der linken Parteien in Deutschland. Diese Christen wußten, daß der bürgerliche Atheismus mit seiner prinzipiell egoistischen Komponente älter ist als der sozialistische Atheismus, d.h. der Atheismus der kleinen Leute, die auf die Unchristlichkeit ihrer bürgerlichen Bosse reagierten.

Daß es Skepsis in linken Bewegungen gegenüber den christlichen Kirchen gibt, halte ich für verständlich und sogar notwendig. So werden Christen und Kirchen wachgehalten, gerade in einer Zeit, in der Kirchen meinen, sie seien heute anders als im 19. Jahrhundert und einige Christen denken, sie seien nach dem Scheitern des „wissenschaftlichen Sozialismus“ nun die besseren Sozialisten.

Im sozialistischen Milieu bleibt die soziale Frage in einer sehr alltäglichen Weise wach, und deshalb fühle ich mich dort wohl, aber auch herausgefordert. Denn hier wird daran festgehalten, daß soziale Probleme nicht nur moralisch, sondern vor allem strukturell gelöst werden können. Im

übrigen habe ich den Eindruck, daß es heute im wesentlichen westliche Linke schwer haben, die Beziehung von sozialistischen und christlichen Traditionen herzustellen.

Frage: Wie ergeht es Ihnen als Sozialist und bei dieser Nähe zur PDS im christlichen bzw. kirchlichen Milieu?

Mein kirchlich-christliches Milieu reicht von meiner eigenen Gemeinde in Berlin und dem Kontakt zu Mitgliedern von Kirchenleitungen bis zu den Gruppen des konziliaren Prozesses, einschließlich zu Mitarbeitern und Gemeindegliedern der Gossner Kirche in Indien, zu Christen in Südafrika und auf Kuba. Die eigentlich harten Auseinandersetzungen liegen für mich in der DDR-Zeit. Damals ging es ja nie nur um theologische Erkenntnisse oder einen Weg in der Gesellschaft, sondern immer auch um unsere Stellung zum Staat DDR. In den letzten Jahren begegnete ich einem wachsenden Respekt, wohl deshalb, weil Christen, die mir nicht zustimmen können, wenigstens bemerkten, daß ich versuche, bei einigen Grundlinien meiner Erkenntnisse zu bleiben. Einige ahnen wohl auch, daß die Geschichte nicht am Ende ist und sind klug genug, nicht auf's neue die Gemeindeglieder wegzuschicken, die das ökonomische System des Kapitalismus kritisieren und überwinden möchten. Mit einigen Mitchristen, so hoffe ich, kann ich den gleichen Weg gehen in dem Versuch, nochmals gesellschaftliche und kirchliche Verhältnisse zu verändern; ich nenne da stellvertretend für viele Christa Springe, Horst Symanowski, Franz Segbers und Ulrich Duchrow und im Osten Johannes Brückmann und Bruno Müller, Dieter Frielinghaus und Hans Jochen Vogel, auch ausdrücklich Gerhard Jüttemann, meinen katholischen Kollegen in der PDS-Bundestagsgruppe, den ehemaligen Betriebsratsvorsitzenden der Kaligrube Bischofferode. Milieu heißt doch wohl, daß man/frau gemeinsam lebt, nicht nur diskutiert und

denkt. Ich bin allerdings im Zweifel, ob es überhaupt noch ausgeprägt Milieus im christlichen oder sozialistischen Sinn gibt.

Frage: Welche Aspekte der jüdisch-christlichen Tradition haben Sie zu einem sozialistischen Selbstverständnis geführt und sind Ihnen besonders wichtig?

Zu allererst ein Mangel, ein negativer Aspekt. Meine Kirche, die Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg hatte in ihrer Geschichte kein Verhältnis zur arbeitenden, lohnabhängigen Bevölkerung, geschweige denn zu den Organisationen der Industriearbeiterklasse und den Gewerkschaften. Als eine Kirchenprovinz der Altpreußischen Union war sie königstreu, konservativ und, wenn nötig, kriegsbereit. Antimilitaristische und gar pazifistische Ideen waren in ihr suspekt. Nationalistisches und antisemitisches Denken war in ihr zu Hause. Wenn heute die Erinnerung daran wiedererweckt wird, was Bismarck für den Aufbau eines sozialen Sicherungssystems tun mußte, dann wird damit an eine Zeit erinnert, in der die SPD August Bebel eben nicht nur in der Auseinandersetzung mit den Preußenstaat stand, sondern auch mit der Preußenkirche. Sozialistisches Selbstverständnis von Christen konnte nur in der Auseinandersetzung mit der eigenen, real existierenden Kirche entstehen und Bestand haben. Der sogenannte Kirchenkampf zur Zeit des Faschismus brachte den Höhepunkt in dieser Geschichte; ein Kampf um die Frage, was wahre und was falsche Kirche sei. Die Frage kam auf, ob nicht wahre Humanität und damit die Wahrheit des Evangeliums weit eher durch kirchenfremde und „atheistische“ Arbeiter vertreten worden sei, als durch die Staatstheologie und ihre Praxis von „Thron und Altar“. Barmen 1934 und Darmstadt 1947 öffneten die Türen für ein sozialistisches Selbstverständnis von Christen in der evangelischen Kirche. Hier wurde nicht nur ein Mangel, sondern Schuld bekannt. Der Rat der Bekennenden Kirche

sagte im Jahr 1947: „Wir sind in die Irre gegangen, als wir meinten, eine Front der Guten gegen die Bösen, des Lichtes gegen die Finsternis, der Gerechten gegen die Ungerechten im politischen Leben mit politischen Mitteln aufbauen zu müssen.“ (aus These 4) „Wir sind in die Irre gegangen, als wir übersahen, daß der ökonomische Materialismus der marxistischen Lehre die Kirche an den Auftrag und die Verheißung der Gemeinde für das Leben und Zusammenleben der Menschen im Diesseits hätte gemahnen müssen.“ (aus These 5)

Die Worte „im Diesseits“ bringen mich auf zwei weitere Aspekte, die mir wichtig sind, Gesichtspunkte, die in der theologischen Erklärung der Bekennenden Kirche von Barmen 1934 fehlen oder nur implizit vorhanden sind. In der Zwischenzeit aber haben sie eine große Wichtigkeit erlangt. 1. unser Verhältnis zu Israel und der Schrift Israels, dem sogenannten Alten Testament und 2. die Bedeutung der Ökonomie für unser gesamtes Leben.

Ich will es kurz machen: Es ist die messianische Botschaft Israels und seiner Schrift, die Menschen zur Veränderung von ungerechten Lebensverhältnissen antreibt, hin zu mehr Gleichheit, Gerechtigkeit und Frieden. So „widerfährt uns frohe Befreiung aus den gottlosen Bindungen dieser Welt zu freiem dankbaren Dienst an seinen Geschöpfen.“ (aus Barmen, These 2) Der Jude Jesus aus Nazareth hat vielen, allen Menschen diesen Weg geöffnet, ein Angebot an alle und für alle. Barmen sagt auch, daß auf diese Weise Jesus Christus der Herr aller Lebensbereiche ist und wird. Dies nimmt die Ökonomie, das Wirtschaften und Arbeiten der Menschen, Eigentumsbildung und -verwaltung, Produktionsorganisation und ihre Zielstellung nicht aus. Schon indem jemand das so ausspricht, wird es zu einer Provokation. Genau das aber ist notwendig. Nur so wird die Not gewendet.

Seit geraumer Zeit entfalten Ulrich Duchrow und andere TheologInnen diese beiden genannten Aspekte. Ich erinnere an Duchrow's Buch „Weltwirtschaft heute – ein Feld für bekennende Kirche?“ oder an die Arbeit von Tom Veerkamp „Autonomie und Egalität- Ökonomie, Politik und Ideologie in der Schrift.“ Sie entfalten etwas, was längst erkannt war, was seit langem in der Luft lag. Die Christenheit kann nicht mehr ignorieren, daß die „Eigengesetzlichkeit der Wirtschaft“ uns an den Rand des Abgrunds geführt hat. Die „herrenlosen Gewalten“, wie sie Karl Barth in seinen letzten Vorlesungen zur Ethik genannt hat, wiederentdeckt von Sabine Plonz 1995 in ihrer Schrift, „Die herrenlosen Gewalten – eine Relektüre Karl Barths in befreiungstheologischer Perspektive“, bestimmen heute das Leben lokal, regional, global. Das Gebet „dein Reich komme“ steht dem entgegen.

Frage: Was eint und trennt eigentlich die Parteien SPD, Bündnis 90 / Die Grünen und PDS programmatisch, politisch und kulturell Ihrer Meinung nach, und was hat Sie daher zu ihrem Engagement für die PDS bewogen?

Die PDS ist wie die Kirchen in diesem genannten Zusammenhang eine Restgröße, fast verschwindend unter dem Ansturm der herrenlosen Gewalten, gleichzeitig aber ein Vorschub auf die Zukunft. Schuldig gewordene Menschen sind berufen und verpflichtet, die heute anstehenden Aufgaben wahrzunehmen. Der unheilvolle Zirkel von unaufhaltsamen wirtschaftlichem Wachstum und unvermeidlicher Marginalisierung von Millionen von Menschen muß durchbrochen werden. Die Parteien SPD und Bündnis 90/Die Grünen werden die PDS nur dann als Partner für diese Aufgaben wahrnehmen, wenn auch sie ihre Schuld, ihre Irrtümer, ihre Hilflosigkeit und ihr Versagen wahrnehmen und vom hohen Roß steigen. Politische Parteien

sind angesichts der ökonomischen Gewalten machtlos geworden und können de facto nichts mehr für die Menschen tun. „Das Wohl der Gesamtheit der Bevölkerung wird aus den Augen verloren“, schrieb mir letzters ein Bürger, „vielleicht war dies auch nie Ziel der Parteien.“ Genau darum aber muß es einer sozialistischen Partei und ihren möglichen Partnern gehen.

Frage: Erhoffen und erwarten Sie mittelfristig die Herausbildung eines „linken Blocks“, bestehend aus diesen drei Parteien, der auf Bundesebene regierungsbereit würde?

Es geht nicht um die Bildung eines „linken Blocks“, sondern um eine umfassende gesellschaftliche Kooperation, wie sie in kleinen Kommunen längst geschieht, um den Weg der sogenannten Zivilgesellschaft. Dann werden auch Mehrheiten von SPD, Grünen und PDS auf Bundesebene möglich sein, zuerst einmal bei Einzelabstimmungen

Frieden und Gerechtigkeit „... das Angesicht der Erde erneuern.“



Nachdenkender, Frank Masserel, 1951, Holzschnitt

im Bundestag. Das Wahlergebnis müßte dazu aber noch etwas anders aussehen: die PDS brauchte noch 12 Sitze mehr, bei gleichem Wahlergebnis für SPD und Grüne.

Frage: Gibt es im Bundestag so etwas wie eine Solidarität der Christinnen und Christen über Parteigrenzen hinweg, eine erlebbare Geschwisterschaft, die Sie zu spüren bekommen? Gibt es so etwas wie eine besondere Nähe der Pastorinnen und Theologen zueinander? Wie verstehen Sie sich beispielsweise mit den Pfarrern Hinze und Eppelmann, mit der Pfarrerin Vollmer?

Nein, diese Solidarität, Geschwisterlichkeit und Nähe gibt es nicht. Nur einige sogenannte Laien, also Nicht-Theologen innerhalb und außerhalb des Parlaments bemühen sich um eine Verbesserung der Atmosphäre.

Frage: Wie bewerten Sie die Haltung der Kirchen in den politischen Auseinandersetzungen in diesem Land, insbesondere in den aktuellen Kämpfen gegen den Abbau sozialer Sicherungssysteme?

Die Kirchen spiegeln die gesellschaftlichen Verhältnisse, auch in ihren stärksten Bemühungen, wie z.B. im Konsultationsprozeß um das „Gemeinsame Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage“. Letztenendes aber neutralisieren sich die „Flügel und Plattformen“ innerhalb der Kirchen gegenseitig in ihrer realen Wirkung.

Frage: Im Oktober jährt sich zum fünften Mal die Vereinigung von DDR und BRD. Wie bewerten Sie diese fünf Jahre: Sind sie überrascht über deren Verlauf, grundsätzlich unzufrieden, hoffnungsvoll?

Ich kam im Jahre 1988 mit meiner Frau aus Indien zurück, wo wir drei Jahre lang gearbeitet hatten. Aus dem Blickwinkel des asiatischen Entwicklungslandes war das Jahr 1989 und die Vereinigung Deutschlands letztlich kein Befreiungsakt, sondern eine Strukturanpassungsmaßnahme. Dies hat sich in den letzten Jahren in klassischer Weise bestätigt. Heute ist die Parallele zu

den Kolonien und Entwicklungsländern vor aller Augen, natürlich in unserem sozial-kulturellem Kontext. Was moderne Kolonisierung heißt, können wir in allen Einzelheiten an uns selbst studieren. Den Eingeborenen wird eine neue Bildung, ein neues Abhängigkeitsverhältnis und eine neue Angst gebracht. Die Missionare der Wende, die BürgerrechtlerInnen, dienen zur Garnierung einer neuen Repression. Der Profit, das Ergebnis der Strukturanpassungen, fließt zu den ökonomisch Mächtigen. Die Solidaritätsbeiträge, die alle BürgerInnen in Ost und West zahlen, sind im Westen das umstrittene Almosen, im Osten der ironisch gezahlte und empfangene Beitrag zur Selbstentmachtung. Dies ist bis in die letzten Dorfgemeinden spürbar. Die „Selbstverwaltung“ der Kommunen hängt am Tropf der zentralen staatlichen Finanzverwaltungen. Steuern kommen nicht in ausreichendem Maße ein, weil die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung im Zusammenwirken mit der westdeutschen Wirtschaft die industrielle Produktion im Osten zerstört hat. Es gibt keinen Betrieb mehr mit einer Belegschaft von über 500 Arbeitskräften. Der Handel wird von westlichen Handelsketten beherrscht. Nur die Mehrzahl der großen landwirtschaftlichen Betriebe ist in ostdeutschen Händen. Die Geldbesitzenden sind dabei, auch das zu ändern. Die registrierte Arbeitslosigkeit liegt in meinem Wahlkreis in Mecklenburg-Vorpommern bei 25%.

Westliche Ökonomen sprechen von „Peanuts“ wenn es um Korruption, Bestechung und Erpressung in kapitalistischen Großbetrieben geht, die sich fremdes Eigentum „unter einem Schein des Rechtes“ aneignen. Bischofferode, BASF, Vulkan, Schneider und Thyssen sind einige der bekanntesten Beispiele. Ich spreche von „Glasperlen“ für die Eingeborenen, wenn ich an positive Erscheinungen im Osten denke: Neue Farbe an Häuserwänden und

Zäunen, Gebrauchtwagenshops und an jeder Ecke eine Eß- und Trinkbude, dazwischen Bettel und Obdachlosigkeit, Verschuldung und Kriminalität, Fremdenfeindlichkeit und suizidgefährdete Jugendliche in nie gekanntem Ausmaß. Es ziehen bei uns Verhältnisse ein, die im unabhängigen Indien nach 1948 energisch bekämpft wurden und überwunden werden sollten. Ich habe unsere jetzige Entwicklung im Jahre 1989 so kommen sehen.

Es breiten sich Unrechtsverhältnisse mit staatlicher Hilfe immer weiter aus. Die Rechtsprechung ist in diesem Zusammenhang eine Rechtsmittelbelehrung oder ein Kampf um den Gebrauch von Rechtsmitteln. Gerechte Verhältnisse können so nicht wiederhergestellt werden. Zusammenfassend: Die Vereinigung Deutschlands bedeutet langfristig seine Schwächung, und das ist gut so. So wird auf eine bislang unausgesprochene Weise erreicht, was vorm die Teilung Deutschlands bewirkte.

Frage: Gregor Gysi schreibt über die PDS: „Wir brauchen den Dialog mit Gläubigen, Kirchen und Religionsgemeinschaften für unseren eigenen Weg einer gründlichen Erneuerung.“ Was können Ihrer Meinung nach diese Gruppen einem Erneuerungsbestreben der PDS beisteuern? Was haben sie zu geben?

Der beste Beitrag der christlichen Gemeinden und Gruppen zur Erneuerung der PDS wäre, sich selbst im biblischen Sinne zu erneuern und zwar eingedenk unserer eigenen Geschichte. Daniel Jonah Goldhagen wird uns daran erinnern, daß es eine Geschichte des Alltags der christlichen Gemeinden vor 1945 gab. In wessen Konfirmandenunterricht sind eigentlich die Angehörigen des Polizeibataillons 101 eingegangen? Wer wird diese Geschichte schreiben? Wie werden wir in unseren „christlichen“ Familien darüber sprechen und welche Konsequenzen werden wir ziehen?

Jesus von Nazareth hat mit Sündern, Zöllnern, nicht angesehenen, aber ansehnlichen Frauen gegessen, gesprochen und letztenendes kooperiert. Die Pharisäer standen daneben. Die Kooperation mit der PDS wäre m.E. ein Schritt zur Erneuerung der Christenheit in Mitteleuropa. Es würde etwas auflockern in Gesellschaft und Kirchen.

Frage: Wie schätzen Sie den Erneuerungsprozeß der PDS selbst ein? Was bedarf der Erneuerung und wie findet Erneuerung statt?

Das Leben selbst erneuert diese Partei. Dieser Prozeß ist in vollem Gange.

Frage: Wie versteht sich die „AG ChristInnen bei der PDS“, und welche Stellung hat sie in der Partei?

Die „AG ChristInnen bei der PDS“ ist ein Gesprächskreis von Mitgliedern der PDS und SympathisantInnen, die sich mit gerade aktuellen Themen aus Politik, Gesellschaft und Kirchen befassen. Sie ist im Parteivorstand durch Christian Sperling vertreten und berät Vorstand und Grundsatz-

kommission. In der Regel treffen sich in dieser Arbeitsgemeinschaft Leute aus Berlin, sodaß eine Zusammenarbeit mit anderen Gruppen in ganz anderen Landstrichen nötig ist. Die AG ist auch auf Tagungen vertreten, die ich in Kooperation mit der PDS-Bundestagsgruppe und der Ev. Sozialakademie Friedewald angeregt habe. Ich denke, es geht für uns Christinnen und Christen in und im Umkreis der PDS darum, an Sachthemen und praktisch-politischen Aufgaben mitzuarbeiten, gleichzeitig den Versuch zu machen, die Voraussetzungen dieser Kooperation neu zu entdecken.

Frage: Im nächsten Frühjahr plant der „Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten“ eine Tagung zu dem Thema: „Wovon leben wir Linken?“ Daher die letzte Frage an Sie als Christ und Sozialist: Wovon leben Sie?

Ich lebe davon, daß auch mir vergeben wird, daß auch andere diese Chance des Neuanfangs erhalten. So bekommt sogar der demokratische Sozialismus eine neue Chance.

Aus befreundeten Organisationen ChristInnen für den Sozialismus (CfS)

Wie schon berichtet hat die Zeitschrift der CfS, die „CfS-Korrespondenz“, im Jahr 1995 ihr Erscheinen eingestellt. Die „CfS-Korrespondenz“ hatte zuletzt eine Auflage von 250 Exemplaren. „Daß die Korrespondenz nicht mehr erscheint, finde ich schade. Aber das muß ja nicht das Ende von CfS bedeuten. Vielleicht ist es eine andere Form von Anfang“. - So kommentiert Hartmut Futterlieb von CfS die neue Sachlage. Um den Informationsfluß innerhalb von CfS zu gewährleisten, gibt es seit Herbst 1995 das „CfS-Circular“, eine Art Rundbrief, der jeweils nach den Delegiertenkonferenzen (DKs) der CfS herauskommen soll. Für Herbst 1996 ist außerdem ein Jahrbuch geplant, das über den Fortfall der Korrespondenz hinwegtrösten soll. Was die Zusammenarbeit mit dem BRSD betrifft, so war im Circular zu lesen, daß eine DK von CfS beschlossen hat, die „vorbereitende Kooperation“ für den Kirchentag in Leipzig 1997 beizubehalten und weiterzuführen. Die Kirchentagsvorbereitungen bei CfS wird Michael Korbmacher übernehmen. Wer sich für Circular, Jahrbuch oder die aktuelle Selbstdarstellung von CfS interessiert, möge nachfragen bei: Richard Gertis, Rennweg 30, 79107 Freiburg. (uf)

Alle Jahre wieder – Wo sind die Lehrstellen geblieben?

In punkto Scheinheiligkeit und Krokodilstränen ist unsere derzeitige Bundesregierung unüberbietbar. Was diese Herren und auch Damen, wie Jugend-Ministerin Nolte, im Hinblick auf die Situation im Lehrstellenbereich aufführen, schlägt jede Inszenierung einer Schmierenkomödie. Da versucht Helmut Kohl ein Bild zu vermitteln, als träfe er sich täglich mit Handwerks-Meistern und Unternehmerverbänden und kämpfte um jede einzelne Lehrstelle – zumindest solange die Fernsehkameras eingeschaltet sind. Am 15.7. meldete die Frankfurter Allgemeine, daß Bundesarbeitsamtschef Jagoda erwäge, für einen Tag alle Arbeitsämter zu schließen, damit alle MitarbeiterInnen im Außendienst auf die Suche nach Lehrstellen gehen können. Es fehlt nur noch, daß Minister Rüge den Einsatz der Bundeswehr ankündigt, denn immerhin haben die Herren in Nato-oliv Erfahrungen im Katastropheneinsatz.

Ich bin immer wieder überrascht, daß es noch Leute gibt, die diesen Pseudo-Aktivismus ernst nehmen. Bei meinen Kolleginnen und Kollegen – ich arbeite an einer Metallberufsschule in Berlin – rufen die Kohlschen Auftritte nur noch böse Bemerkungen und hämische Sprüche hervor. Manchmal bleiben einem diese Kanzlersprüche im Hals kleben, wenn man tagtäglich mit den Opfern der herrschenden Politik zu tun hat. Daß die Zahl der Ausbildungsplätze sich drastisch verringert hat, ist Fakt und kann nur noch diejenigen überraschen, die nur den Sportteil der Zeitung lesen.

Seit ca. 1973 haben wir in der BRD zu wenig Ausbildungsplätze. Und seit dieser Zeit „kämpft die Politik entschieden dafür, daß alle Jugendlichen einen Ausbildungsplatz erhalten“. (Zur Erinnerung sind einige markante Fakten und Sprüche in diesen Artikel integriert.)

Der Rückgang der Ausbildungsplätze hat zwei Ursachen. Zum einen sind wesentliche Bereiche der Industrie (vor allem Metall und Elektro) drastisch geschrumpft¹. Wenn hunderttausende von Arbeitsplätzen verschwinden, verschwinden im Regelfall auch die dazu gehörenden Ausbildungsplätze, in denen bis dahin der Nachwuchs für diese Bereiche ausgebildet wurde.

Zum anderen hat die Rationalisierungswelle der letzten Jahre (Stichwort lean-production) die Beschäftigtenzahl weiter kontinuierlich verringert. Im Ergebnis bilden Großbetriebe nur noch soviel Personal aus, wie sie tatsächlich benötigen. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß z.B. bei Daimler-Benz ein Ausbildungsplatz etwa eines Industriemechanikers 300.000 DM jährlich kostet, wird die betriebswirtschaftliche, d.h. auf die Kosten der Ausbildung fixierte, Politik transparent. Von dieser Seite her ist die folgende Meldung zu interpretieren:

„Das neue Opel-Werk im thüringischen Eisenach sollte in allen Details vorbildlich sein. Nur auf die Lehrwerkstätten wollten die Planer der General-Motors-Tochter verzichten – aus Kostengründen. Erst als Gewerkschaften und Bundesarbeitsministerium drohten, gemeinsam eine Kampagne

zu starten, lenkte das Rüsselsheimer Unternehmen ein. Jetzt werden jährlich zehn neue Lehrlinge ausgebildet. (Wirtschaftswoche Nr.11 v. 9.3.95, S.14)

Das Wartburg-Werk bildete in diesem Ort mehrere hundert Azubis aus. Unterm Strich sind diese Lehrstellen weg!

In den letzten 10 Jahren wurden 40% der Ausbildungsplätze in der Industrie gestrichen, derzeit bilden nur noch 14% der Industriebetriebe aus. (TAZ v. 3.9.96)

Die beliebten Roßtäuscher-Tricks – mit statistischen Methoden die Situation zu verschönern –, will ich zumindest erwähnen. Getreu dem alten sozialwissenschaftlichen Lehrsatz „Traue keiner Statistik, die du nicht selbst gefälscht hast!“ werden freie Ausbildungsplätze in Südbayern mit fehlenden Stellen in Mecklenburg kompensiert. Jugendliche, die Plätze als Schlosser in Frankfurt/Oder suchen, lesen von freien Stellen für Friseure in Frankfurt/Main, womit rein rechnerisch für sie Stellen vorhanden sind. Ende August 1996 konnte die Bundesanstalt für Arbeit mitteilen, daß

Helmut Schmidt (SPD): 1974 „Die Investitionen von heute sind die Arbeitsplätze von morgen“.

„auf bundesweit 117.000 noch nicht vermittelte Bewerber ... 69.600 freie Lehrstellen“ kämen (Berl. Ztg. v. 6.9.96) Außerdem werden alle Jugendlichen, die sich bei ihrem Arbeitsamt nur einmal als BewerberInnen gemeldet haben, regelmäßig im August als suchende BewerberInnen gestrichen – und statt dessen zusammen mit vermittelten BewerberInnen verbucht. Dies ist eine Erklärung dafür, daß im August die Zahl der vermittelten SchulabgängerInnen rasant ansteigt. Ob die suchenden Jugendlichen vermittelt sind, in Schulkursen parken oder resigniert zu Hause bleiben, weil sie sich vom Arbeitsamt nichts erhoffen – der Statistik ist's egal. Lothar Judith, Berufsbildungsexperte des DGB, schätzt demgegenüber die Zahl der fehlenden Lehrstellen auf 125.000 (Junge Welt v.4.9.96).

Ich fürchte, daß sich im Westen kaum jemand eine Vorstellung davon macht, wie es östlich der Elbe aussieht. Im Land Brandenburg kommen auf einen vorhandenen Ausbildungsplatz elf BewerberInnen, im Arbeitsamtsbezirk Cottbus sogar 33. (Rupert Schröter, Sprecher des Potsdamer Arbeitsministeriums im ND vom 11.9.1996). Das Arbeitsamt Brandenburg meldet zwei Prozent mehr BewerberInnen, aber 43% weniger Stellen. (TAZ v. 6.9.96)

In anderen Zahlen gibt es im Land Brandenburg 7400 BewerberInnen ohne Lehrstelle und



Aus: FR
vom 5.9.96



„Das war 'ne Mikrofonprobe!“

tz. München

634 unbesetzte Stellen. Für die neuen Länder sind das 36.100 BewerberInnen für 4800 Stellen. (Berl. Ztg. v. 6.9.96)

In der Gesamtzahl der „offenen Lehrstellen“ verbirgt sich zudem eine große Zahl von Stellen in Berufen, in denen mit Abschluß der Lehre auch das Leben in diesem Beruf abgeschlossen ist. Ich erinnere mich an meine Zeit bei der Ruhrkohle AG, die im Kollegen-Jargon als „größte deutsche Bäckerei“ und „Riesen-Frisier-Salon“ bezeichnet wurde, was bezogen auf die immense Zahl gelernter Bäcker und Friseure unter den Beschäftigten zutraf. Nur gibt es heute keine Großbetriebe mehr, die den Ausstoß des Handwerks aufnehmen können. Jetzt wird direkt für die Arbeitslosigkeit ausgebildet.

Die den Eindruck totaler Hilflosigkeit vermittelnden Aktivitäten von Regierung und Arbeitsämtern, die Unternehmer zu bewegen, die Zahl der Ausbildungsplätze zu erhöhen, sind weitgehend fehlgeschlagen. Die größeren und innovativen Betriebe, in denen Berufsausbildung sehr teuer ist, werden nicht durch Prämien von einigen Tausend Mark pro neuem Ausbildungsplatz zur Schaffung weiterer Stellen motiviert.

Alle Versuche, durch diese Prämien die Zahl der Ausbildungsplätze zu erhöhen, greifen in der Regel nur bei den Kleinbetrieben, bei denen die Azubis auf drei Jahre bezogen mehr einbringen als sie kosten. Arbeitsmarktpolitisch vertagt das die Arbeitslosigkeit der Jugendlichen auf die Zeit nach der Lehre. Im August 1996 unterstützte allein das Land Berlin mit 40 Millionen DM 7500 Lehrstellen (ND v. 27.8.96). In Ostdeutschland werden, einem TAZ-Bericht vom 26.8.96 zufolge, „60% der Lehrstellen sogar teilweise oder voll finanziert“.

Da selbst diese Förderung die Ausbildungskatastrophe nicht verhindern konnte, nimmt die Zahl der Azubis, die nicht mehr betrieblich ausgebildet werden, rasant zu. Azubis außerhalb des Betriebes? Ja und nein! Es gibt in Berlin sog. Ausbildungsträger, die tausende von Azubis ausbilden. In einer Stadt, wo es jede Menge Industriebrachen gibt, leere Werkshallen, arbeitslose Meister und Ausbilder, hat sich eine Szene etabliert, die ein Kollege von mir böse als „Ausbildungs-Aldi“ bezeichnet hat. Das Arbeitsamt finanziert diese Projekte auf niedrigem Niveau und ist heilfroh, daß wieder eine große Zahl von „nichtvermittelten Jugendlichen“ untergebracht ist und den Kanzler freut's, denn er kann Erfolge nachweisen. Was danach mit ihnen geschieht, wird von der Politik nicht registriert. Eine Untersuchung des Landesarbeitsamtes Berlin gab für Ende September 1994 an, daß 45,5% der unter 25 Jahre alten Berliner Arbeitslosen eine abgeschlossene Berufsausbildung hatten, davon 65,5% in Ostberlin und 33,1% im Westen. Ca. 80% der außerbetrieblich ausgebildeten Jugendlichen wurden anschließend arbeitslos, so der DGB-Landesjugendsekretär in einem TAZ-Interview (TAZ v. 10.8.95).

Die Situation im Ausbildungsbereich wird in den nächsten Jahren nicht besser werden, es sei denn, daß sich die Politik grundlegend ändert. Wenn ich mir ansehe, wie die Motivation meiner Schüler in den Keller geht („Nach der Lehre ist doch eh tote Hose, warum soll ich überhaupt noch was machen?“), packt mich die Wut über diejenigen wie Ministerin Nolte, die dem Schutz des ungeborenen Lebens weit mehr Beachtung schenken, als der Perspektive und den Lebensentwürfen hunderttausender Arbeiterjugendlicher.

Die Vertreter der sog. „Krauter“ und die Scharfmacher in den Handwerksverbänden wittern zu Recht Morgenluft. Sie erklären unverfroren, daß sie selbstverständlich wieder mehr ausbilden, wenn die Lehrlingslöhne drastisch reduziert werden usw. Klar, warum soll für die produktive Arbeit der Azubis in den Handwerksbetrieben noch bezahlt werden, schließlich waren

„Im September 1974 waren es bereits 31.900 sog. <arbeitslose Berufsanfänger>. Das waren 216% mehr als im Vorjahr. ... Die Unternehmerverbände haben der ganzen Situation noch die Krone aufgesetzt. Am 16.1.75 richteten die Dachverbände der Unternehmer in Form eines offenen Briefes einen Erpressungsversuch an die Bundesregierung: 150.000 zusätzliche Lehrstellen nur dann, wenn die uneingeschränkte Herrschaft der Unternehmer über die Berufsausbildung wiederhergestellt wird. Nur dann, wenn es zur Rücknahme der bescheidenen <Verbesserungen> der letzten Jahre kommt: ... unverzügliche Aufhebung der seit 1972 gültigen Anrechnungsverordnung für das Berufsausbildungsjahr, Herabsetzung der Anforderungen an die Betriebe, steuerliche Förderung betrieblicher Lehrwerkstätten.“ (WAS TUN v.2.4.'75)

Helmut Kohl 1983: „Für jeden ist eine Lehrstelle da!“

„Jeder kann sich mal versprechen. Statt mehr Ausbildungsplätze werden die bestehenden abgebaut ...“

Angeblich hatten sich Industrie und Handwerk verpflichtet, die <Kanzler-Initiative> zur Schaffung von 30.000 zusätzlichen Ausbildungsplätzen zu unterstützen. IG-Metall Redakteur Otto Köhler bekam auf Nachfragen bei den Unternehmen und der Industrie- und Handelskammer jedoch eine andere Antwort: „keine Lehrstellengarantie“. Mittlerweile gibt selbst die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg zu, daß es 1983 mindestens 100.000 Ausbildungsplätze weniger als in den Jahren 1980 und 1981 geben wird. Der DGB rechnet sogar mit 270.000 unversorgten Jugendlichen. Angesichts dieser harten Fakten zerplatzt Kohls Wahlversprechen nun wie eine Seifenblase.“

(WAS TUN v. 12.5.1983)

früher Lehrjahre keine Herrenjahre und anno dunne mal war doch sogar ein „Lehrgeld“ mitzubringen. Und schließlich sind die Lohnkosten für Friseure in Thailand wesentlich niedriger als am Standort Waiblingen oder Steinfurt! Und wenn der Bäckerlehrling in Dortmund weiter so viel Lohn bekommt und der Brotpreis steigt, kaufen die Kunden demnächst in Hongkong ein. Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages Stihl forderte konsequent, weitere „Ausbildungshemmnisse“ abzuschaffen und die Berufsschulzeit zu verkürzen. (TAZ v. 3.9.96). Nicht die Lehrzeit soll kürzer werden, dieser Herr will den zweiten Berufsschultag abschaffen, damit die Firma einen weiteren Arbeitstag ihres Azubis erhält.

Die Entwicklung der Lehrstellenzahl in Berlin im Spiegel von 2 Ausarbeitungen der Berliner Senatschulbehörde (Kultusministerium) vom Februar 1994 und vom Februar 1995:

	Gesamt	davon IHK ³	HWK ⁴
31.12.92		27.266	17.160
31.12.93	53.454	25.319	17.815
31.12.94	54.530	23.506	20.621

I. Entwicklung der Zahl der Ausbildungsplätze²

Ich habe, quasi exemplarisch für andere Bundesländer, für Berlin aufgeschlüsselt, wie sich die Ausbildungssituation entwickelt hat und wie sie sich heute darstellt.

- Eine im Juni 1995 veröffentlichte Studie der gewerkschaftlichen Hans-Böckler-Stiftung gab für Ostberlin die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze mit „ca. 3000, ... d.h. pro BewerberIn lediglich 0,26 Stelle“ an. In Ostberlin hatte die BewerberInnenzahl für Ausbildungsplätze innerhalb eines Jahres um 19% zugenommen, das größte Wachstum aller Ostländer. Die Bundesarbeitsamtstatistik von April 95 gab für Ostberlin 3.334 gemeldete Ausbildungsplätze und 12.096 Bewerber an.
- Im Gesamtbereich der fünf neuen Länder war 1994 erstmals die Ausbildungsplatzzahl im Baubereich um 2,4% rückläufig, nachdem die Steigerungsrate in den Vorjahren immer über 20% lag.
- In Westberlin nahmen von Okt. 1993 bis Okt. 94 die zu besetzenden Ausbildungsplätze von 27.606 auf 26.793 ab (- 813), während die Zahl der Ausbildungsplätze in Ostberlin faktisch konstant blieb.

Diese Entwicklung macht deutlich, daß die Lehrstellen im Industriebereich stark zurückgegangen sind und dafür im Handwerksbereich stark zunahmen.

„In Berlin wurden zum Jahreswechsel 25.221 Handwerksbetriebe und 20.621 Lehrlinge gezählt. Die Zahl der im Handwerk Beschäftigten belief sich auf rund 260.000 Personen“, so HWK-Präsident Blaese in der Berl.Ztg. v. 1.3.95.

Schulsenator Klemann nannte am 17.3. 1995 „8000 fehlende Lehrstellen in Berlin“ (TAZ v. 18.3.95, ebenso am 13.4. Berl.Ztg.)

II. Demographische Entwicklung

Bis ca. zum Jahr 2003/4 erwartet der Berliner Senat nach einer Modellrechnung aus dem Jahr 1993 eine Zunahme der Schulabgänger um 35% im Vergleich zu 1992/93, wobei im Westen +14% und im Osten +84% erwartet werden. Eine andere Senatsmodellrechnung vom 20.2.95 über die „Entwicklung des Ausbildungsplatzbedarfs bis zum Jahr 2001“ kommt zu folgenden Ergebnissen:

- 2200 Azubis werden zusätzlich nach Berlin einpendeln
- 1994 gab es erstmals in Ostberlin Absolventen des 13. Schuljahres, d.h. daß ein kompletter Abgangsjahrgang der Ostoberschulen ausfiel und dadurch den „Ausbildungsmarkt“ entsprechend entlastete!
- 1995 werden zusätzlich zu den bestehenden Plätzen 3% weitere Ausbildungsplätze benötigt, so daß mind. 56.200 Stellen erforderlich sind, im ungünstigeren Fall sogar 58.400.
- Für 2001 wird eine Zunahme der jährlichen Nachfrage von 23.813 auf 26.698 Ausbildungsplätze prognostiziert.

III. Entwicklung der Qualifikationsstruktur in der beruflichen Bildung und zunehmende Selektion

- Für das Schuljahr 1995/96 1995 plante der Senat 7950 Plätze in den berufsbe-

fähigenden und berufsvorbereitenden Lehrgängen, d.h. eine Zunahme im Vergleich zum Vorjahr um 1100 Schüler = 44 Klassen. Diese Jugendlichen sind damit „weg von der Straße“ und raus aus der Statistik, aber sie sind noch lange nicht in der Berufsausbildung.

- Der Anteil der ohne Ausbildung bzw. nach der Ausbildung arbeitslosen Jugendlichen nimmt zu. Im Juli 1995 befanden sich unter den Arbeitslosen in Berlin (Landesarbeitsamt Berlin-Bericht v. 8.8.95) 11% Jugendl. unter 25 J. und 2,3% unter 20 J.

IV: Perspektiven.

Der DGB fordert die Einführung einer Umlagefinanzierung. D.h. daß die Betriebe, die nicht ausbilden, einen bestimmten Satz entrichten, und aus diesem Topf bekommen die Betriebe Zuschüsse, die ausbilden. Dieses Konzept stammt aus der Zeit Anfang der 70er Jahre. Es klingt gut, aber die Praxis bisheriger Prämienzahlungen an Ausbildungsbetriebe gibt die Entwicklungsrichtung an. Schlaumeier in den Betrieben stellen für ein Jahr die Ausbildung ein und nehmen sie ein Jahr später wieder auf, dann allerdings staatlich finanziert. Weiteres mögen sich die geeigneten LeserInnen denken. Ich halte alle diese Versuche für untauglich. Die Krise im Lehrstellenbereich ist ein Ausdruck von Massenarbeitslosigkeit

und Rationalisierungsschub und ist nur in diesem Kontext zu lösen. Im Klartext: Bei einem Arbeitslosensockel von über 4 Millionen geht die Mehrheit der Ausgebildeten perspektivisch in die Arbeitslosigkeit. Dieses System kann niemandem einen Arbeitsplatz oder eine Lehrstelle garantieren – weil dies bedeutet, daß nicht mehr der Profit das Unternehmensziel darstellt. Und daß die Unternehmer investieren, um Arbeitsplätze zu schaffen, ist nicht einmal die Meinung von Helmut Kohl. Hans Preiß von der IG-Metall wußte es schon vor 20 Jahren. „Ohne einschneidende strukturelle Eingriffe in das marktwirtschaftlich orientierte Ausbildungssystem“ läuft nichts. Ich will hinzufügen: Erst die Abschaffung der kapitalistischen Marktwirtschaft schafft die Voraussetzung für die Beseitigung von Massenarbeitslosigkeit und Ausbildungsplatznot der Jugend. Auch wenn diese Perspektive aktuell nicht im Trend liegt.

- 1) Ich habe diese Entwicklung 1994 exemplarisch für Berlin dargestellt. Siehe hierzu „Die Bundeshauptstadt säuft ab – Arbeitsplatzvernichtung und sozialer Kahlschlag am Beispiel Berlins“ in CuS 3/94.
- 2) Dieser Teil basiert in der Hauptsache auf Statistiken und Materialien des Bundesarbeitsamtes, des Landesarbeitsamtes Berlin und verschiedener Berliner Regierungsstellen. Wer die genauen Quellenangaben benötigt, wende sich bitte an mich.
- 3) Industrie- und Handelskammer, d.h. die Vertretung der größeren Betriebe.
- 4) Handwerkskammer, Zusammenschluß der Handwerksbetriebe.

Termine:

Jahrestagung 1997 des BRSD

Die nächste Jahrestagung findet vom 21. bis zum 23. März 1997 wieder in Bad Hersfeld statt. Anmeldungen und weitere Informationen bei Martina Ludwig, Max Küstner-Str.10 in 99894 Friedrichroda. Tel. 03623/200095.

Termine:

Kirchentag 1997

Der nächste evangelische Kirchentag findet vom 18. bis zum 22. Juni 1997 in Leipzig statt. Unter anderem wird der BRSD dort mit einem Stand auf dem Markt der Möglichkeiten vertreten sein. Wer nach Leipzig kommt und mithelfen kann/will (auch für kurze Zeit) melde sich bitte bei Martina Ludwig. (Adresse Seite 49)

Hamburg/Nord-Elbien

Auf Einladung der Evangelischen StudentInnen-Gemeinde (ESG) Hamburg, die sich im Winter-Semester 96/97 dem Thema **„Arbeit als Verzauberung, Berufung, Freude – Arbeit neu erfinden“** widmet, veranstaltet die Hamburger BRSD-Gruppe am 26.11.96 von 20.00 bis 22.00 Uhr in der Schlüterstr.16 in 20146 Hamburg einen Vortrag: **Wo, wie und was können wir (in Zukunft) arbeiten? – Eine „religiös-sozialistische“ Gegenrede zur Kohlschen Arbeits(market)politik!** und am 14.12.96 von 10.30 bis 18.00 Uhr in der Schlüterstr.16 in 20146 Hamburg einen Studientag: **Was ist Arbeit: „Mühsal und Schweiß“** (protestantisch), **„Aneignung und Verwandlung von Natur in Kultur“** (marxistisch), **„Teilhabe am Schöpfungsprozeß“** (jüdisch-christlich) ...?

Über lange Jahre hinweg war die Frage nach dem Arbeitsbegriff in Deutschland eher eine akademische, die Erfolge der „Sozialen Marktwirtschaft“ machte sie uninteressant. Heute, wo eben diese „Soziale Marktwirtschaft“ für viele Menschen existenzbedrohend wird, sind wir meist unvorbereitet. Ziel dieses Seminartages ist es, einen (christlich) emanzipatorischen Arbeitsbegriff zu entwickeln und unsere Widerspruchsfähigkeit zurückzuerlangen.

Der Referent für beide Veranstaltungen ist Ulrich Peter, Berlin. Er ist Diplom-Pädagoge und ev. Theologe und in der politisch-theologischen Bildungsarbeit der Evangelischen Berufsschularbeit Berlin-Brandenburg mit Jugendlichen aus der Bau- und Metallindustrie tätig. Er hat über den Bund der religiösen Sozialisten in Berlin von 1919-1933 promoviert und war von 1989 bis 1996 Sprecher des Bundes der Religiösen SozialistInnen in der BRD.

Anmeldungen und weitere Infos bei Oliver Wildner, Eppendorfer Weg 46, 20259 Hamburg. Tel. 040/496454



die uns interessieren

Töchter der Sonne. Unterwegs zu einer feministischen Befreiungsteologie in Lateinamerika, B. Fünfsinn, L.C. Hoch, C.Rösener (Hrsg.), E.B.-Verlag, Hamb.1996

„Seit dem Tag, an dem ich verstanden habe, daß Gott auf uns setzt, auch auf mich, eine schwarze, schwache und unterdrückte Frau, gibt es nichts, was mich aufhalten könnte im Kampf um die Befreiung.“ (51)

An die Töchter der Sonne Lateinamerika

Liebe Töchter der Sonne, Schwestern auf dem anderen Kontinent,

so viele Nachrichten von Euch erreichten mich in Buchform. Als ob Ihr mit Euren Fotoalben neben mir sitzen würdet, damit ich mir ein bißchen besser vorstellen kann, wie Ihr lebt.

Da waren Fotos vom Nordosten Brasiliens, Gesichter zerfurcht vom Elend, mutlos, als fragten sie, ob es eine Strafe Gottes wäre, daß Ihr nicht genug Land zum Leben habt. Auf anderen Fotos lachen mir Frauen entgegen, Frauen mit Kindern auf dem Arm, Frauen beim Brot backen und beim Diskutieren. Ihr erzählt vom Kampf um das Land, so, daß ich manchmal vor Freude lachen muß. Wie Dona Ana die Banditen loswurde oder einige von Euch die Landepiste mit Löchern und Steinhäufen übersät habt, damit „sie“ nicht landen konnten und die Schießerei ein Ende hatte (43). Eure Gebete habe ich nachbuchsta-

biert. Manche waren mir fremd und sind mir fremd geblieben. Sie klingen nach Leben, tief verwurzelt in der Erde und im Glauben.

Das nächste Fotoalbum haben Frauen aus Bolivien gemacht. Hier bin ich froh, daß die Aymara-Ausdrücke wie zum Beispiel „Ispallan Urupa“ erklärt werden. Es ist der Name für den Erntedank-Ritus. Aber „Erntedank-Ritus“ würde blasser, technischer klingen. So verbindet sich für mich der Name „Ispallan Urupa“ mit fremdartigen Früchten und einem großen Mahl. Auf den Fotos sind immer wieder Menschen beim Essen zu sehen. Wie viele Sorten Kartoffeln es gibt! Ihr erzählt, daß dies nicht nebensächlich ist, sondern zum Leben dazugehört, und daß Gott ein Gott des Lebens ist.

Leben und Identität, das sind zwei Themen, die Euch immer wieder beschäftigen. Ich, hier in Deutschland, kann mir in etwa vorstellen, wo und wie meine Ur- und Urgroßmütter gelebt haben. Aber Ihr mit europäischen, indianischen und afrikanischen Wurzeln... Eine Chilenin nennt es eine „neue Synthese“, eine fast universale, gewalttätige Vereinigung von europäischen Männern mit indianischen Frauen, die tiefe Narben in der Psyche hinterlassen hat. (110). Während die europäischen Wurzeln lange Zeit für die wertvolleren gehalten wurden, erzählt Ihr von der Suche nach den dunklen Großmüttern, mit dunkler Hautfarbe und im Dunkeln des Vergessens verborgen. Weder werden die Narben dieser Großmütter, die ihre Narben an euch vererbt haben, versteckt, noch wird die Härte und der Schmerz, den sie bereiten,

negiert. „Wie können wir diese alten Frauen, die uns wohnen, durch unsere Körper und unsere Leben sprechen lassen?“ (124). Diese Frage bleibt offen, weil sie ein Weg ist. Ungewohnte Bilder entstehen auf diesem Weg, Bilder voller Leben.

Die Fotoalben erzählen von der Theologie im Alltag, vom Glauben. Die Fotos sind der Hintergrund und Untergund für die theologische Auseinandersetzung. Vom Alltag, vom Leben des Volkes, her fragt Ivone Gebara nach der Christologie. Damit sind es nicht die herkömmlichen Fragen, die sie an eine fundamentale Christologie stellt, wenn sie nach Erlösung fragt. Vielleicht können wir gemeinsam darüber nachdenken, was der Sinn der menschlichen Suche nach Erlösung ist. Immer wieder haben Menschen sich auf diese Suche begeben. Jesus als Erlöser zu bezeichnen ist ein vertrautes Bild, aber Maria als Erlöserin? Ivone Gebara skizziert die Rollen von Erlöser und Erlöserin und interpretiert die Antwort von Jesus und Maria von Nazareth auf dem Hintergrund dieser Skizze.

Ich mache mich mit Euch daran, die Bibel von Neuem zu lesen, versuche durch Eure Brille zu luken. Wenn Blanqui Otaño über die Geschichte der gekrümmten Frau (Lk 7) nachdenkt, beginnt sie mit einer Widmung: „Für dich, Frau des Maislandes, mit brauner, trockener Haut, mit Kraft und Mut zum Kämpfen.“ (140). Diese Perspektive wird nicht aus den Augen verloren.

Anregend fand ich die Geschichte der Judith aus der Perspektive der Dina. Die Erinnerung an diese vergewaltigte Frau (Gen 34), nicht an die Patriarchen oder Matriarchinnen, ist Judiths Motivation, sich zur Wehr zu setzen. Dadurch wird nicht der Sieg über Holofernes zum Zeichen der Freiheit, sondern ein Fest in der Stadt, das drei Monate lang dauerte. Immer wieder zeigt Ihr Fotos von Festen, erzählt Ihr, wie Feiern Ausdruck des Lebens ist und zum Leben dazu gehört.

Den Abschluß dieser Nachrichten in Buchform bildet eine Arbeit von Nancy Cardoso über das Hohelied der Liebe. Am liebsten würde ich ihn laut in der U-Bahn oder heimlich unter der Decke lesen, um mich auf die Suche nach dem Geruch dieses verführerischen Textes zu machen.

Es macht Spaß, die vielen Gedichte und Liedtexte zu hören und zu lesen, Zeugnisse einer lebendigen Theologie. So kann ich mich den HerausgeberInnen nur anschließen und sagen: Muchas gracias, Ihr Töchter der Sonne.

PS für LeserInnen in Deutschland: EinsteigerInnen empfehle ich die Einleitung von C. Rösener. Die, die schon eingestiegen sind, werden sicher den einen oder anderen Zusammenhang sehen, der vorher nicht so deutlich war. Mir ging es jedenfalls so.

Barbara Neubert

Susan George & Fabrizio Sabelli:
Kredit und Dogma;
Konkret Literatur Verlag 1995.

Die Bank, die eine Kirche ist

„Die Herausforderung durch die Umweltschützer wird die Weltbank in hohem Maße verunsichern. Sie sind eine große Bedrohung für das, was die Weltbank bisher darstellte, weil daran eine neue Art von Menschen beteiligt ist, religiöse Menschen, die keinen besonderen Respekt vor traditionellen Formen der Quantifizierung haben und die auf langfristigen Perspektiven bestehen.“

Richard Webb, Co-Autor der offiziellen Publikation der Weltbank zu ihrem 50jährigen Bestehen.

Solche Zitate aus den verborgenen Winkeln von Protokollen und grauer Literatur ausgegraben zu haben, ist eines der Verdienste des Buches über Geschichte und Ideologie der Weltbank „Kredit und Dogma“ von Susan George & Fabrizio Sabelli. Die beiden Autoren widmen sich dieser Arbeit mit Hingabe, denn all solche Äußerungen untermauern den zentralen Gedanken ihres Buches: Die Weltbank ist weit davon entfernt ein schlichtes Werkzeug internationaler Finanzbeziehungen oder gar „nur eine Bank“ zu sein. In Wirklichkeit ist sie eine Kirche. „...genaugenommen...eine Kirche im Mittelalter. Sie hat eine eigene Doktrin, eine rigide strukturierte Hierarchie, die diese Doktrin predigt und umsetzt, sowie eine quasireligiöse Art, sich zu rechtfertigen.“ „Beide (die Kirche und die Weltbank, JK) glauben, eine Mission zu haben, beide haben sich gegen den Staat gewandt (die Kirche in der Vergangenheit, die Weltbank in der Gegenwart). Beide verschreiben sich rhetorisch den Armen, verschaffen ihnen jedoch keine Möglichkeit, ihr irdisches Schicksal zu verbessern.“ So umreißen die Autoren in der Einführung den roten Faden, der den Gang durch die Geschichte der Weltbank durchzieht und äußerst spannend macht. Das Buch ist ausdrücklich keine (weitere) Auflistung der zahlreichen fehlgeschlagenen Projekte, unverantwortlichen Finanzierungen und mörderischen Strukturanpassungsprogramme, an denen die Geschichte der Institution so reich ist. Aber es rekurriert stets auf den andernorts längst erbrachten Nachweis, wie regelmäßig fatal das Auftauchen der Weltbank für die Ärmsten eines Dritt-Welt-Landes wirkt. George und Sabelli bemühen sich vielmehr um ein Verständnis des großen Ganzen, eben der neoliberalen Religion, deren Kirche die Bank ist. Einige der Propheten werden ausführlicher behandelt; an zentraler Stelle Robert McNamara, der die letzte große Umstrukturie-

rung der Bank in die Wege geleitet hatte, nachdem er sich aus den Trümmern des Vietnamkrieges auf deren Direktorposten geflüchtet hatte, um dort wiederum mit religiöser Inbrunst einen neuerlichen Krieg vom Zaun zu brechen: den „gegen die Armut“ - oder vielmehr das, was er für die Armut und ihre Ursachen hielt. Umgekehrt bleibt es bei dieser Art von Kirchengeschichtsschreibung nicht aus, daß die Häretiker und Querdenker in den Himmel gehoben werden. Für George/Sabelli sind das Herman Daly, der sechs Jahre in der Umweltabteilung der Bank arbeitete, und „geduldig und stets gutgelaunt“ versuchte, ihr ein ganzheitliches Verständnis wirtschaftlicher Prozesse beizubringen. Und es ist natürlich John Maynard Keynes, der verhinderte Vater der Bank, der Brite, dessen alternatives Konzept bei der Gründung der Bretton-Woods-Institutionen Weltbank und IWF 1944 den übermächtigen Vorstellungen der US-Amerikaner zum Opfer gefallen war. Seine Idee von einer gleichmäßigeren Lastenverteilung bei weltweiten Ungleichgewichten auf arme und reiche, Überschuß- und Defizitländer erscheint angesichts des morbidsten Glaubens der herrschenden neoliberalen Ideologie an die unbedingte Selbstheilungskraft des Marktes in der Tat wie die erste These einer dringend notwendigen Reformation an der Kirchen-, Verzeihung: Bankentür.

George/Sabellis Buch ist reich an Detailinformationen, die der Leser umso mehr zu schätzen weiß, je vertrauter er selbst bereits mit den Denkweisen und Verfahren der Institution ist: daß die Exekutivdirektoren, die namens der Bankeigner (der Regierungen) nicht etwa auf den Gehaltslisten ihrer Staaten, sondern auf derjenigen der Bank stehen, gehört dazu, oder auch, daß in sehr frühen Jahren bereits die japanische Entwicklungsagentur (heute der zweitmächtigste Financier der Bank) fundamentale Kritik an der Strukturanpassungspolitik

geübt hat, mit der die Bank bis heute unterschiedslos alle von ihren Krediten abhängigen Länder der Zweidrittelwelt beglückt. Vor allem aber enthält das Buch Originaltöne aus dem Innern der Bank, die besser als abgewogene und hin und her diskutierte Expertisen, den Geist widerspiegeln, mit dem in ihren spezialisierten Spezialdisziplinen unglaublich versierte westliche Wissenschaftler und Geschäftsleute meinen, dem Süden die Armut wie einen lästigen Schnupfen austreiben zu können:

„Ich weiß, was wir in Tansania tun müssen. Ich bin natürlich noch nicht dage-

wesen, aber ich werde bald dort sein und lange genug bleiben, um alle nötigen Fakten kennenzulernen, wahrscheinlich zwei Wochen.“

Das Bestürzende ist, daß das gleiche Denken heute hinter allerlei modernisierter Rhetorik, in der Begriffe wie „Nachhaltigkeit“, „Schutz der Lebensgrundlagen“ und „Armutsbekämpfung“ zentrale Stellen einnehmen, vor Ort ganz ungebrochen angetroffen werden kann.

Jürgen Kaiser

Was könnte ein „Bündnis für Arbeit“ für die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit leisten?

... Fragen wir zunächst: Was leistet ein Bündnis für Arbeit, wie es vom Vorstand der IG-Metall vorgeschlagen worden ist, unter dem Gesichtspunkt der Stärkung der Massenkaukraft?

Offenbar nichts – denn vom IG-Metall-Vorstand wird unter bestimmten Voraussetzungen ausdrücklich auf Reallohnsteigerungen verzichtet. Allerdings: Es ist ein Gebot der Redlichkeit, zu sagen, daß die Tarifabschlüsse der letzten Jahre ohnehin kaum dazu ausgereicht haben, die Reallohne auch nur zu halten, geschweige zu erhöhen. Es macht aber doch einen Unterschied, ob man sich mit einer richtigen und berechtigten Forderung (Steigerung der Massenkaukraft) aus handfesten Gründen im aktuellen Kräfteverhältnis nicht durchsetzen kann – und dies gegebenenfalls auch so benennt, oder ob man in seiner Not flugs den Eindruck erweckt, als glaube man nun plötzlich selbst an die alte Arbeitgeber-Parole, daß Arbeitsplätze durch Lohnverzicht geschaffen würden!

In den letzten Jahren wurden den Arbeitnehmern mehrmals Reallohnverluste aufgezwungen. Phasen des fehlenden Reallohnzuwachses oder gar der Reallohnneinbußen waren immer gekennzeichnet durch eine Zunahme der Arbeitslosigkeit. Was sollte sich daran ändern, wenn auf den Anstieg der Reallohne nun neuerdings „freiwillig“ verzichtet würde? Sollte hinter dem Verzicht auf einen Reallohnzuwachs die unausgesprochene Hoffnung stecken, die fehlende Inlandsnachfrage durch zusätzliche Exporte/Exportüberschüsse ersetzen können, so ist auf den zu erwartenden Anstieg des Wechselkurses der DM zu verweisen: Jene Länder, die von einem einseitigen Anstieg der Exporte aus der Bundesrepublik betroffen wären, würden sich durch eine Abwertung ihrer Währung bzw. durch eine weitere DM-Aufwertung dagegen zur Wehr setzen...

Aus einer Broschüre der HBV-Berlin

AutorInnen und Autoren

Olivia Alvarez Alvarado ist pensionierte Direktorin des LehrerInnenseminars José Martí i. Matagalpa/Nicaragua
Heike Bethe ist Sozialarbeiterin und lebt in Ellerbek.

Mauricio Isaza Camacho ist Lateinamerikareferent und lebt in Hamburg.

Imke Dreessen, Sozialpädagogin und Diakonin, ist Mitarbeiterin der „Solidarischen Kirche in Nordelbien“ und lebt in Hamburg.

Gustavo Esteva lebt in Oaxaca/Mexiko.

Udo Fleige ist Lehrer für Ev. Religion und Biologie, Redaktionsmitglied von CuS und lebt in Tübingen.

Bäbel Fünfsinn ist evangelische Theologin und lebt in Hamburg.

Willibald Jacob ist ev. Theologe und lebt in Berlin.

Jürgen Kaiser ist Redaktionsmitglied der Zeitschrift „Unterwegs“ und lebt in Wuppertal.

Matthias Nauerth ist Sozialarbeiter und Redaktionsmitglied von CuS. Er lebt in Ellerbek.

Barbara Neubert lebt in Hamburg.

Ulrich Peter ist Berufsschultheologe und Redaktionsmitglied von CuS. Er lebt in Berlin.

Dorothee Sölle ist Professorin für evangelische Theologie und lebt in Hamburg.

Theodor Weißenborn ist Schriftsteller und lebt in Landseid.



**Bündnis für Arbeit
Ein Kuckucksei?**



kostenlos zu beziehen über

**Gewerkschaft
Handel, Banken u.
Versicherungen**

Am Köllnischen
Park 2
10179 Berlin

Fax: 27 86 71-0

Mitarbeit: CuS versucht eine Mischung aus aktuellen politischen Ereignissen, theologischer und politischer Diskussion, Aktualisierung religiös-sozialistischer Theologie und Politik, Aufarbeitung religiös-sozialistischer Geschichte und von Beiträgen, die sich um die Entwicklung einer Befreiungstheologie und einer entsprechenden Praxis in und für Europa bemühen. **Wir freuen uns über unverlangt eingesandte Manuskripte.** Auch Texte, die der Meinung der Redaktion nicht entsprechen, dafür aber für unsere Leserinnen und Leser interessant sind, werden veröffentlicht. Gleiches gilt für Leser/innenbriefe. Wer regelmäßig bestimmte fremdsprachige Zeitschriften liest, sollte uns dies mitteilen und uns Artikel zur Übersetzung vorschlagen.

Technik: Da die Redaktionsarbeit unentgeltlich erfolgt, haben wir keine Zeit für das Übertragen von Manuskripten auf Diskette. Wir bitten, uns Texte folgendermaßen zuzusenden

– Am liebsten in Word oder winword auf einer 3½-Zoll-Diskette, wobei der Text informativ sein sollte. Auch andere Textprogramme (z.B. wordperfect, works), soweit sie IBM-kompatibel sind, können wir verarbeiten

– Sollte kein PC zur Verfügung stehen, erbitten wir eine saubere Schreibmaschinenaufzeichnung auf weißem Papier, damit wir den Text einscannen können. Für uns würde dies eine erhebliche Arbeitserleichterung bedeuten!

Sprache: Wir wünschen uns eine Sprache, die die weibliche und männliche Form gleichermaßen berücksichtigt!

Endredaktion: Über einen Abdruck entscheiden die MitarbeiterInnen der Redaktion. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

Abonnement

und Retour:

BRSD

Postfach 2521

72015 Tübingen

Streifbandzeitung

Gebühr bezahlt

F 4637 F

Helmut Gollwitzer

Warum bin ich als Christ Sozialist? – Thesen – (Auszüge)

Warum wird ein Mensch Sozialist?

Ein Mensch wird Sozialist, weil er entweder durch die Schäden des gegenwärtigen Gesellschaftssystems selber schwer getroffen ist oder weil er sich mit diesen Betroffenen identifiziert, aus moralischen Motiven oder aus rationaler Einsicht in die Dringlichkeit revolutionärer Veränderung oder aus beidem.

Ein Mensch wird Sozialist, wenn er die gesellschaftlichen Schäden nicht nur als Einzelphänomene erfährt oder beobachtet, sondern die Vordergrundsphänomene durchschaut auf ihren Zusammenhang hin: den Zusammenhang, den sie untereinander haben und den Zusammenhang mit den Grundstrukturen der gegenwärtigen Gesellschaft, mit der in ihr dominierenden Produktionsweise.

Solche Vordergrundsphänomene waren schon seit dem Frühkapitalismus: Arbeitslosigkeit, krasse Ungleichheit der Chancen und der Lebensverhältnisse, verheerende Wirkung der kapitalistischen Krisen auf ungezählte Existenzen, ökonomische Ursachen internationaler Konflikte (Kriege), militärisch-industrieller Komplex (Rüstungsindustrie, Waffenhandel), Versklavung anderer Völker (Kolonialismus). – Hinzugekommen sind heute: Ressourcenvergeudung, Unmenschlichkeit der Städte, Landschaftszerstörung, Erhöhung der Produktivität durch verschärfte Zerstückelung und Mechanisierung der Arbeit (Taylorisierung) und der Effektivitätskontrolle, Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen und Entqualifizierung der Arbeit durch neue Technologie, Diskrepanz zwischen Befriedigung der Konsumbedürfnisse und Frustration in den Lebensbedürfnissen, Kommerzialisierung der zwischenmenschlichen Beziehungen und der Sexualität, Zerfall der Familie, Unterwerfung der Bürger unter bürokratisch-technokratische Apparate.

Hinzu kommt, daß gleichzeitig mit der Befriedigung der materiellen Bedürfnisse der breiten Masse in den Industriestaaten die materielle Verelendung der Mehrheit der Weltbevölkerung ein in der Geschichte noch nie gesehenes Ausmaß erreicht hat. Die Frage drängt sich auf, ob der Wohlstand hier und das Elend dort ursächlich zusammengehören wie zwei Seiten derselben Medaille.